



DAS
BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 4 Dezember 2002

Inhaltsverzeichnis

- 3 Editorial**
Nach den Wahlen ist vor den Wahlen
- 4 Crown Resources**
Zuger Öl am Ende der Welt
- 6 Asyl Diskussion**
Menzinger Jugend für Sachlichkeit und Toleranz
- 7 Referendum Entwicklungsplan «Landis & Gyr/SBB-West»**
Gegen quartierfeindliche Nordzufahrt
- 8 Zuger Spitalplanung**
Fehldiagnosen im Multipack
- 12 Regierungsrat**
Armee, Öltanker und Stadtpolitiker auf Abwegen
- 13 Kantonsrat**
«Dä Pfludi mues irgendwo häre»
- 14 Wahlen 2002**
Zwei Schritte vor – einen zurück
- 18 Werkplatz Zug**
«Eine natürliche Entwicklung wie in Manhattan»
- 19 Rentenalter 60 auf dem Bau**
Auch Risi-Kies steht still, wenn die GBI es will
- 20 Alternative Politik**
Gründen wir eine «Zuger Alternative»
- 22 Nachruf Clara Landolt**
Eine starke Frau
- 24 Autofreies Wohnen**
Gewinn von Lebensqualität dank Autoverzicht
- 25 Serviceteil**
Buch
Frontal
Veranstaltungen
Frauentag
SONNTAGS-Initiative
Impressum



Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge blicke ich auf die Zuger Wahlen zurück. (Artikel Seite 14.) So wurde Hanspeter Uster mit dem besten Resultat als Regierungsrat bestätigt. SGA und Parteiose sind in der Stadt stark wie noch nie. Dank Basisarbeit und Aktionen in den Quartieren, mit offenem Ohr für die Bevölkerung und auch den Mitteln der direkten Demokratie – wie bereits jetzt wieder mit dem am 13. Dezember eingereichten «Nordzufahrt-Referendum». (Seite 7.)

Angesichts der gleichzeitigen Erstarkung der SVP im Kanton und des Liebäugelns von CVP und FDP mit dem rechten Rand, ist pointiert linksalternatives Politisieren wichtiger denn je. Nach den Wahlen, ist vor den Wahlen: vor allem im Hinblick auf die Nationalratswahlen im Herbst 2003. Drei Bürgerliche repräsentieren die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht. Die grosse Minderheit des andersdenken Zug muss wieder in Bern vertreten sein.

Rot-Grün hält keinen politischen Winterschlaf – weder auf gemeindlicher, kantonaler noch internationaler Ebene. Dass Zug «alternativaktiv» ist, belegen auch die Artikel dieses «BULLETIN».

Die Stadt profitiert von ihren Steuern, der Kanton hat sie mit ihrer Steuer- und Finanzpolitik angelockt und ihr Schweröl hat an der galizischen Küste zu einer ökologischen Katastrophe geführt sowie zehntausende von Fischerfamilien fisch- und in der Folge erwerbslos gemacht: die Crown Resources. (Seite 4.) Damit Zug nicht noch grösseren «Prestige»-Verlust erleidet, ruft die SGA am 11. Januar 2003 zu einer nationalen Demonstration auf: «Solidarität mit den Opfern der Öl-Katastro-



phe in Galizien». Die Crown und der Handelsplatz Zug müssen sich der moralischen Verantwortung stellen. Ein Zeichen auch für die Zukunft.

Kein unmittelbarer, dafür ein schleichender Lebensraum-Verlust droht dem Kanton Zug, werden alle Strassen gemäss dem neuen kantonalen Richtplan gebaut. Nur die Alternativen werden sich im Kantonsrat vehement dagegen einsetzen. Und: Der Teufel steckt auch im Detail. So beabsichtigt die Baudirektion gemäss Teilrichtplan Abfallanlagen das Naherholungsgebiet mit Baustellen-Aushub zuzuschütten. (Seite 13.) Die SGA Baar wehrt sich.

«Menzingen: Stress mit Asylanten» machte ein Zuger Gratisanzeiger im Vorfeld der Asyl-Initiative Stimmung. Jugendliche aus Menzingen antworteten mit einer Unterschriftensammlung und Leserbriefen auf den unsachlichen, Flüchtlinge diffamierenden Artikel. (Seite 6.) Das ist Zivilcourage. Diese ist nach dem knappen Nein zur Asyl-Initiative weiter nötig. Denn mit der gezielt fahrlässigen Vermischung der Themen Kriminalität, Asyl und AusländerInnen legten die Urheber der Asyl-Initiative einmal mehr den Nährboden zu Intoleranz und Rassismus. Allein, um daraus politisches Kapital

zu schlagen – zum Beispiel für die Nationalratswahlen 2003.

Wieso hat dies Erfolg? Heute ist nichts mehr wie früher. Der im Zeitalter der Globalisierung galoppierende Wertewandel verunsichert, löst Angst vor Neuem und Fremdem aus. Bezeichnend: Gemeinden mit wenig Kontakt zu Flüchtlingen nahmen am Deutlichsten an. Die Ängste und das mangelnde Vertrauen in Bundesrat wie in die ausländische Bevölkerung der Ja-Stimmenden müssen ernst genommen werden. Das Asylverfahren muss transparenter werden. In einer differenzierten Debatte gilt es ein politisches Klima zu schaffen, in welchem sich SchweizerInnen und AusländerInnen mit gegenseitigem Respekt begegnen können.

Solche zukunftsfähige Lösungen werden miteinander erarbeitet, auch im Zuger Kantonsrat. Die alternative Fraktion (AF) trägt dazu bei, dass alle Zugerinnen und Zuger von der Politik berücksichtigt werden. Ein Instrument der Einbindung ist die AF-Vertretung in den politisch schwergewichtigen Staatswirtschafts- und Justizprüfungskommissionen, in welche eine Regierungspartei schlicht gehört. Schwer vorstellbar, dass FDP und CVP Hand bieten, die AF zu Gunsten der SVP aus diesen Kommissionen zu werfen.

Werden Betroffene nicht in Entscheidungen einbezogen, drohen kleinere bis grössere politische Schiffbrüche (Brübachbrücke, Ladenöffnungszeiten). Das «Nordzufahrt-Referendum» ist typisch: Mit einer Abstimmung muss eine Fehlplanung korrigiert werden.

Wir bleiben dran. So oder so. ■

Stefan Gisler, SGA, Oberwil



«Prestige»-Verlust für Handelsplatz Zug. Schiffbruch vor Galizien, die Ölspur führt nach Zug.

Fotomontage BULLETIN

Zuger Öl am Ende der Welt

Schweröl läuft in der Nähe von Finisterre, dem «Ende der Welt», aus der gesunkenen «Prestige». Es vergiftet die galizischen Gewässer, bedroht die asturische, kantabrische und baskische Küste. Das Öl gehört der Zuger Crown Resources AG. Die im UBS-Gebäude auf dem Metalli-Areal eingemietete Firma ist keine Unbekannte.

Josef Lang, Kantonsrat SGA, Zug

Die zur russischen Alfa-Gruppe gehörende Crown kam Ende 1999 nach Zug, um von einem der bedeutendsten Erdölhandelsplätze der Welt zu profitieren und wohl auch um mit der neuen Marc Rich zu fusionieren. Der im letzten

Juli eingesetzte Generaldirektor der Crown Resources, der in London operierende Steven Rudolfsky, hatte vorher bei der grossen alten Marc Rich und bei deren Nachfolgefirma Glencore gewirkt. Marc Rich selber arbeitete bis vor 1½ Jahren für die Crown als Berater.

Im Sommer 2001 scheiterten die Verkaufsverhandlungen zwischen den beiden in Zug bloss ein paar hundert Meter voneinander entfernten Global Traders. Die offizielle Begründung lautete damals, Marc Rich hätte seine eigene Gesellschaft zu hoch eingeschätzt. Vermutlich dürfte der Umstand, dass sich Bill Clintons Gnadenakt zugunsten des Steuerflüchtlings Marc Rich für diesen als Bumerang erwies, die Crown Resources mindestens so stark abgeschreckt haben.

Der Geschäftserfolg der Crown Resources baut auf einer systematischen Politik der Kostensenkung. Gemäss einer Studie des britischen Seeinformationsdienstes Lloyd's chartert die Alfa-Tochter Tanker, die im Durchschnitt sieben Jahre älter sind als die der Konkurrenz; im Schnitt handelt es sich 19-jährige, oft einwandige Seelenverkäufer. Für die «Prestige» zahlte sie 13 000 Pfund Miete pro Tag, was ein Drittel weniger ist als der branchenübliche Preis.

Crown Resources drückt sich vor Verantwortung

Als Rudolfsky im vergangenen Sommer die Führung der Crown Resources übernahm, setzte er sich das Ziel, «seine Fir-

ma in den kommenden Jahren zu einer Handelsgesellschaft mit Weltrang zu machen.» Die «Prestige»-Havarie hat ihr immerhin Weltruhm beschert. Aus den Reaktionen der Zuger Firma auf die Tankerkatastrophe ist zu schliessen, dass sie an ihrem bisherigen Expansionskurs festhält. Sie weist jede Verantwortung weit von sich. Sie ist nicht gewillt, irgendeinen Beitrag für die von ihrem Öl ausgelöste Ökokatastrophe und für die zehntausenden von erwerbslos gewordenen galizischen Fischerfamilien zu zahlen.

«Das Zuger Schweigepäckli»

Der wichtigste Schweizer Crown-Verwaltungsrat, der sonst so leutselige ehemalige Luzerner Gratiszeitungsverleger, Meister der gewichtigen Fasnachtszunft zur Safran und fasnächtlicher Fritschivater Jost E. Villiger, ist wie vom Erdboden verschwunden. Neben Villiger schweigen alle tonangebenden Vertreterinnen und Vertreter des Zuger Finanz- und Handelsplatzes wie auch der Behörden. Bislang hat kein Wirtschaftsanwalt, kein Sprecher der sonst so rührigen Lobby-Verbände, mit Ausnahme von SGA-Regierungsrat Hanspeter Uster kein Mitglied des Regierungs- oder Stadtrates und abgesehen von den Alternativen keine Zuger Partei irgendeine kritische Äusserung gemacht. Auch von der Sozialdemokratischen Partei ist, wie meistens wenn es um den Finanz- und Handelsplatz geht, nichts zu vernehmen.

Während das Zuger Schweröl Zehntausenden von Fischerfamilien die Existenz zerstört, wird am Ort der Haupttäter das praktiziert, was Niklaus Meienberg vor zwanzig Jahren «das Zuger Schweigepäckli» genannt hat.

Crown-Steuern nach Galizien

Um auf die Ölspur hinzuweisen, die vom galizischen «Ende der Welt» ins zentral-schweizerische Steuerparadies führt und

um die Zuger Solidarität mit den Opfern des Zuger Öls zu konkretisieren, verlangen wir Alternativen, dass Stadt und Kanton alle bisherigen und noch ausstehenden Steuern der Crown Resources AG nach Galizien überweisen.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen und um die Crown Resources und deren Verwaltungsräte an ihre Ver-

antwortung zu erinnern, plant die SGA für den 11. Januar 2003 eine überregionale Protest- und Solidaritäts-Demo. Mitmachen werden auch Organisationen der galizischen und spanischen Immigrantinnen und Immigranten. Dabei sollen auch Menschen aus Finisterre vor dem Zuger Firmensitz der Crown Resources zu Wort kommen. ■

Nunca Mais! Nie mehr! Nunca mas! Plus jamais!
Nationale Demo in Zug: Solidarität mit den Opfern der Öl-Katastrophe in Galizien

Wann?
Sa, 11. Januar 2003,
14,15 Uhr

Wo?
Vor den Crown-Büros,
Metalli-Areal, Stadt Zug

■ *Gesamtschweizerische Organisationen der galizischen und spanischen ImmigrantInnen*

■ *SGA des Kantons Zug*



EL PAIS



«Solidarität mit den Opfern der Ölpest»: 100 Frauen und Männer folgten dem Aufruf der SGA und demonstrierten am 28. November vor dem Firmensitz der Crown Resources. Die Proteste in Zug fanden international («El Pais», links) wie lokal («Zuger Presse») grosse Beachtung. Nur die «Neue ZZ» schweigt.



Menzinger Jugend für Sachlichkeit und Toleranz

Menzingers Jugend habe «Stress mit Asylanten», schrieb die «Zuger Woche» im Oktober. Eine Gruppe engagierter Jugendlicher reagierte sofort auf diesen reisserischen Artikel. «Menzinger Jugend schlägt zurück!» lautet der Titel eines Protestbriefes mit Unterschriftensammlung.

Antonia Röllin, Aurelia Iten, Linda Locher, Felizitas Küng, Menzingen

Während der Herbstferien jobbte Aurelia Iten, um ihr Sackgeld zu verbessern: Da sass sie nun also in der Cafeteria, um den morgendlichen Imbiss einzunehmen, als ihr eine Mitarbeiterin der Firma die «Zuger Woche» vor die Nase streckte und sie neugierig fragte: «Ist es wahr, dass ihr solchen Stress mit den Asylbewerberinnen Menzingen habt?» Nachdem sie den Artikel selbst sorgfältig gelesen hatte, versicherte sie ihr, dass niemals alles in Bericht der Wahrheit entsprechen kann. Im Bus nach Hause, beschäftigte sie diese Sache denn auch weiter.

Die Betroffenheit der jungen Frauen

In Menzingen angekommen traf sie sich mit uns, ihren Freundinnen. Zusammen entschlossen wir uns, diese Sache nicht so stehen zu lassen. Wir fühlten uns ange-

sprochen, weil die «Zuger Woche» ja von den Jugendlichen in Menzingen berichtete. Zum Beispiel, dass diese sich nachts nicht mehr auf die Strasse traute. Auch wurden die Flüchtlinge schlimmer Sachen beschuldigt, die ihnen überhaupt nicht nachgewiesen wurden.

Der Journalist hat Dinge, welche einzelne Leute in Menzingen ihm erzählt haben, so in den Artikel eingebaut, als ob dies klare Tatsachen seien. Ebenso schlimm finden wir auch, dass im Artikel einfach alle Menzinger und Menzingerinnen in einen Topf geworfen werden. Zu viert starteten wir eine Unterschriftensammlung, schrieben einen Leserbrief und einen Begleitbrief an die «Zuger Woche», «Zuger Presse», «Neue Zuger Zeitung» und «Menzinger Zeitung».

Zahlreiche Reaktionen

Die positiven Echos auf unsere Initiative haben uns sehr gefreut. Die negativen und kritischen Echos waren selten. Wir hoffen, dass damit nicht nur die Menschen in Menzingen vorsichtiger sind in Sachen Vorurteile gegenüber Flüchtlingen. Irgendwie haben wir auch ein bisschen aufgetan: Es gibt sie, die fairen, menschenfreundlichen Menschen in unserem Dorf. Unseren Aufruf zur Unterschriftensammlung haben 130 von 143 befragten Menzingerinnen und Menzinger unterstützt. Damit waren wir

wirklich sehr zufrieden. Und es haben sich ganz tolle Gespräche entwickelt. Der Pfarrer Ruedi Heim zum Beispiel hat uns in die Kirche eingeladen, weil er eben zu diesem Thema seine Predigt habe.

Unser Brief an die Zuger Medien hat Echo gefunden in der «Neuen Zuger Zeitung», die eine kurze Mitteilung geschrieben hat, der «Zuger Woche», die nach einigen Wochen unseren Leserbrief veröffentlichte und die «Menzinger Zeitung» wird vermutlich später allgemein zum Thema «Asylbewerber in Menzingen» berichten.

Der Leserbrief ...

«Zählt unsere Meinung eigentlich nicht?»

Liebe Leserinnen und Leser, wir möchten darauf aufmerksam machen, dass der Bericht «Menzingen: Stress mit Asylanten», der am 16. Oktober 2002 in der Zeitschrift «Zuger Woche» erschienen ist, zur Kritik Anlass gibt. Mag sein, dass sich gewisse Asylbewerberinnen und -bewerber Fehlverhalten, doch das bezieht sich nicht nur auf Ausländer, sondern auch auf andere Bürger der Gemeinde Menzingen.

Der Aussage, dass wir Jugendlichen uns angeblich nicht auf die Strasse traue, widersprechen wir. Im Gegenteil, uns freut es immer wieder, mit einer/m ausländischen Bürger/in die Zeit um die Ohren zu schlagen. Es ist meist äusserst interessant zu erfahren, wie ihre Kulturen und Religionen funktionieren. Zum Beispiel jene der Moslems, Juden, Buddhisten, Hinduisten und Nomaden. Wir treffen auch Ausländer und Asylbewerberinnen in der Schule und gelegentlich im Jugendtreff an, oder wir verabreden uns in der Freizeit.

Sind Sie sich so sicher, dass in der Kapelle Ottilia nur Asylanten ihr Geschäft verrichtet haben? Könnten es nicht auch andere Leute gewesen sein? Ist es nicht eine ziemlich diskriminierende Anschuldigung? Ausserdem ist es nicht sehr angenehm, nachdem man mit dem ZVB-Bus angekommen ist, noch eine Stunde zu laufen, um das Asylheim-Finstersee zu erreichen. Wir erwarten, dass in Zukunft die Meinung einiger Menzinger nicht gleich auf alle Bürger Menzingers bezogen wird.» ■



Zeigten Eigeninitiative: Aurelia Iten, Linda Locher, Antonia Röllin und Felizitas Küng (von links) setzten sich gegen Angstmacherei ein.

Gegen quartierfeindliche Nordzufahrt

Der Entwicklungsplan Areal Landis & Gyr/SBB-West bedroht die Lebensqualität des Quartiers Gartenstadt/Aabachstrasse. Dagegen hat eine Gruppe von Anwohnerinnen und Anwohnern das Referendum ergriffen. Die vom Kantonsrat abgesegnete Linienführung der Nordzufahrt von Baar nach Zug soll zu Gunsten eines wohnlichen Quartiers ändern.

Patrick Steinle, neu gewählter Gemeinderat, parteilos, Zug

Eine Bande von Spinnern, die im falschen Film sitzen? Siebenschläfer, die um fünf nach zwölf Amok laufen und eine wichtige städtische Planung gefährden? Könnte man meinen, nach Reaktionen bürgerlicher Kreise in der Presse. Doch für das Referendum gibt es gute Gründe.

«Sondernutzungsplan»

1. Im Teil «Sondernutzungsplan» wird tatsächlich die Linienführung der Nordzufahrt im Bereich, zwischen Feld- und Gubelstrasse, festgelegt. Und zwar mit Baulinien, die vom Kanton noch nicht erlassen wurden und die, in Anbetracht chancenreicher Einsprachemöglichkeiten, vielleicht gar nie so kommen werden. Im weiteren werden innerhalb des Industriearials Baulinien festgelegt, die alternative Linienführungen verunmöglichen würden. Darum wehren wir uns, damit bei einer Korrektur durch den Kanton diese Fehlplanung nicht schon auf städtischer Ebene zementiert wird.

2. Politisch liegt die Verantwortung für die Linienführung der Nordzufahrt bei der Stadt Zug. Diese hat das Projekt zusammen mit Baar ausgearbeitet. Vom Kantonsrat abgesegnet bleibt es dennoch eine städtische Planung. Und es wäre bedenklich, wenn der Regierungsrat diese gegen den Willen des städti-

schen Stimmvolks durchdrücken würde. Darum wehren wir uns. Der Kanton soll die Fehler der Stadt korrigieren.

Widerstand aus dem Arbeiterquartier

3. Wir wehren uns nicht erst seit kurzem, wie behauptet wird. Der Widerstand aus dem Arbeiterquartier, mit hohem Anteil an älteren Menschen sowie Ausländerinnen und Ausländern, wurde bisher nur nicht ernst genommen. Man ist hier nicht per Du mit den Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft. Hinter uns steht auch kein Weltkonzern mit professionellen Immobilienmanagern. Leider sah es auch die Stadt nicht als ihre Aufgabe an, die Lebensqualität im Quartier zu erhalten. Darum wehren wir uns jetzt organisierter.

4. Die Linienführung der Nordzufahrt ist im südlichen Bereich tatsächlich eine Fehlplanung. Im Siemens-Areal sollen 3000 neue Parkplätze und bis zu 10 000 Arbeitsplätze durch die Nordzufahrt erschlossen werden. Neben an liegt das Wohnquartier Gartenstadt/Aabachstrasse, das unter nationalem Ortsbildschutz steht. Und die Nordzufahrt soll aussen herum, entlang des Wohnquartiers durchgezwängt werden, mit einer bis zu 3,5 m hohen Lärmschutzwand zur Abschottung, statt durchs Siemens-Areal, wo keiner wohnt und bereits eine Strasse besteht (Dammstrasse). Ist das Verursacherprinzip auf zugerisch: Profit für die Grossen, Dreck für die Kleinen?

5. Das Referendum gegen den Entwicklungsplan ist die einzige Möglichkeit, eine städtische Volksabstimmung herbei-



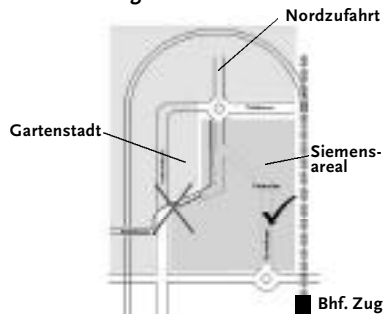
1150 Unterschriften gesammelt in nur 3 1/2 Wochen. Patrick Steinle übergibt am 13. Dezember zusammen mit anderen Betroffenen aus dem Gartenstadtquartier die Referendumsbögen Stadtschreiber Albert Rüttimann.

zuführen. Der städtische Beitrag zum Projektierungs- und Baukredit (immerhin 14 Mio.) soll als «gebundene Ausgabe» am Volk vorbeigemogelt werden.

Angesichts der grossartigen Unterstützung, die wir sowohl im Quartier als auch aus der ganzen Stadt erfahren haben und angesichts von 1150 innert kürzester Zeit gesammelter Unterschriften, sind wir zuversichtlich, ein weiteres Planungsdebakel in der Stadt Zug zu verhindern. Voraussichtlich am 18. Mai 2003 kann das Stadtzuger Stimmvolk dank des Referendums über den Entwicklungsplan abstimmen.

Abschliessend noch dies: Wir kämpfen nicht gegen die Nordzufahrt als solche. Dennoch wird es interessant sein, wie in den anstehenden Enteignungsverfahren das überwiegende öffentliche Interesse an mehr Lärm, Luftverschmutzung und Landschaftszerstörung begründet wird, gegenüber dem ansonsten im Kanton Zug schon fast heiligen Eigentumsrecht. ■

Linienführung Nordzufahrt



Verursacherprinzip: Durchs Quartier? Nein! – Durchs Siemensareal? Ja!

Fehldiagnosen im Multipack

Die Zuger Spitalpolitik der letzten Jahre ist geprägt von Interessenfilz, falschen Versprechungen, Hauruck-Entscheidungen, Versäumnissen und Intransparenz.

**Interview und Bilder Martin Stuber
Text Gerhard Schmid**

Das abrupte Ausscheiden zweier Versagergeräte der privatisierten Spitalbetriebe Baar-Zug AG (SBZ) im Frühling 2002 ist ein Indiz unter anderen, dass es mit der weitgehend ohne öffentliche Kontrolle operierenden Führungsriege im Spitalwesen nicht zum Besten steht. Die neue Führungsstruktur ist eng verknüpft mit der Zentralspital-Ideologie samt der zweifelhaften Standort- und ungelösten Kostenfrage, welche die Gemüter erregt.

Das BULLETIN sprach mit dem künftigen Zuger Stadtrat Andreas Bossard, Anita Landis, Pharma-Assistentin am Kantonsspital, und Kantonsrätin Manuela Weichelt-Picard.

BULLETIN: Politik und Öffentlichkeit beschäftigt gegenwärtig das Missverhältnis zwischen früheren Kostenvorga-

ben und neuesten Kostenprognosen für ein Zentralspital.

Manuela Weichelt-Picard: Der Kantonsrat hat 1999 ein Zentralspital in Baar unter dem Eindruck abgesehnet, es sei für rund 105 Millionen Franken – ohne Landkosten – zu haben, und Betriebskosten könnten jährlich enorm gespart werden. Die Alternativen haben dies nie geglaubt und haben zusammen mit anderen kritischen Menschen das Referendum ergriffen. Heute haben wir die Bestätigung, dass die damaligen Planungsgrundlagen unseriös bis abenteuerlich waren.

Auch in der nächsten Runde, als es um den Gesamtleistungswettbewerb ging, gaukelte man uns vor, die – für alle Planungsteams verbindlichen – Baukostenvorgaben von 96,5 Millionen seien realistisch. Heute droht ein doppelt so hoher Finanzbedarf wie seinerzeit als verbindlich erklärt. Dies bei unbekanntem Betriebskosten und fraglichem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Hausgemacht steigende Krankenkassenprämien und deutlich höhere Kantonsbeiträge an die SBZ könnten die Folge sein. In der Zuger Spitalplanung kommt Luxus vortun Kostenoptimierung. Aber das ist man sich in Zug auch anderweitig gewohnt.

Baar oder Zug?

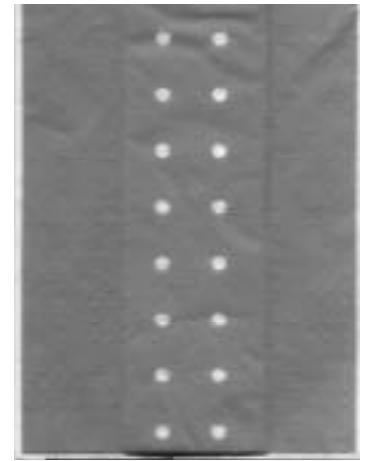
BULLETIN: Ist die Standortfrage noch von Interesse?

Andreas Bossard: Ja. Aufgrund der irreführenden Behauptungen vor der Volksabstimmung vom 24. Oktober 1999 ist heute vom Planungsstand her kein Eins-zu-eins-Vergleich zwischen Zug und Baar mehr möglich. Mit dem Argument, ein Neubau in Baar käme nicht viel teurer als eine Sanierung des Kantonsspitals in Zug haben die politisch Verantwortlichen gezielt nur eine Variante favorisiert, und zwar ohne ein bauliches und betriebliches Gesamtkonzept vorzulegen.

Manuela Weichelt-Picard: Seit 1997 hat die Alternative Fraktion im Kantonsrat



Manuela Weichelt-Picard: «Ist es nicht eine Frechheit, dass uns bei der Volksabstimmung im Herbst 1999 weisgemacht wurde, dass alle Kosten mit einem Objektkredit von 105 Millionen abgedeckt seien?»



vergleichende Projektstudien für Baar und Zug gefordert. Erfolglos! Nachdem das Volk den Objektkredit von 105 Millionen Franken für Baar abgelehnt hatte, reichte ich im November 1999 zusammen mit Hans Christen, FDP, Jean Pierre Prodoliet, SP, und Rene Bär, SVP, eine Motion ein, um bei der Planung eines Zentralspitals ein Vergleichsprojekt zum Zentralspital in Baar am Standort «Kantonsspitals Zug» ausarbeiten zu lassen und zudem eine separate Objektkreditvorlage für ein Pflegeheim in Baar vorzubereiten. Kantonsrat und Regierung versäumten es über all die Jahre bewusst, beide Standorte objektiv zu prüfen.

Anita Landis: Immerhin ist unbestritten, dass ein mehrjähriger Um- und Neubau am Zuger Spital mit Immissionen und Provisorien in der Bauphase betrieblich äusserst nachteilige Folgen für Patientinnen und Patienten und Personal nach sich ziehen würde. Der Vergleich mit einem Radwechsel am fahrenden Auto ist hier angebracht. Auch bezweifle ich, ob am Standort Zug mehr als nur ein Flickwerk entstehen könnte. Ein Umbau birgt zudem viel Unvorhergesehenes. Heute fahren Betten am Empfang und an der Cafeteria vorbei, in den Abteilungen Medizin und Chirurgie sind die Wege holprig und lang. Die Pflegenden leisten gute Qualität trotz kräftezehrenden Abläufen. Hier ist eine Optimierung zwingend. Aus meiner Sicht ist ein Neubau sicher die beste Lösung.

BULLETIN: Bei Patientinnen und Patienten herrscht aber der Eindruck vor, die medizinische Versorgung im Kantonsspital sei sehr gut und auch die vertraglich geregelte Zusammenarbeit mit Zürich und Luzern klappe einwandfrei. Die Grund- und Notfallversorgung der Zuger Bevölkerung ist somit gewährleistet.

Andreas Bossard: Das stimmt und so bedaure ich es ausserordentlich, dass die Modernisierung eines intakten Spitals von den tonangebenden Kräften in die-

sem Kanton blockiert wird. Die viel zu tief angesetzten Planungszahlen dienten offensichtlich dem Zweck, den Baarer Neubau gegenüber einer Renovation in Zug zu favorisieren. Der Kanton Glarus hat den anderen Weg eingeschlagen: Statt eines geplanten Neubaus für 200 Millionen wurde das Kantonsspital Glarus für 94 Millionen Franken modernisiert und dieses bietet heute eine zeitgemässe Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau.

Manuela Weichelt-Picard: Mir gegenüber bemerkte Baudirektor Hans-Beat Uttinger, dass es falsch wäre, sich wegen ein paar Dutzend Millionen Fränkli zu wehren, die der Neubau nun teurer als geplant wird. Das sagt ein Vertreter der Partei, die sich mit Vehemenz und Erfolg gegen den Betrag von 30 000 Franken ans Frauenhaus Luzern einsetzte. Die SVP steckt lieber 100 Millionen mehr in einen Spitalneubau. Im Kantonsrat musste ich immer wieder feststellen, dass Millionenbeiträge einfacher gesprochen werden als kleine Beträge.

BULLETIN: Wird am Baarer Standort noch gerüttelt?

Manuela Weichelt-Picard: Das Volk hat am 24. Oktober 1999 über das Gesetz über das Zentralspital und den Kantonsratsbeschluss betreffend Objektkredit für die Planung und Realisierung des Zentralspitals mit Option Pflegeheim abgestimmt. In beiden Titeln wurde Baar mit keinem Wort erwähnt. Bei beiden Vorlagen wurde Baar in Paragraphen erwähnt. Erstere wurde knapp angenommen, letztere knapp abgelehnt. Sieben der elf Gemeinden haben beide Vorlagen abgelehnt. Das Stimmvolk hat differenziert entschieden. Zu behaupten, die Standortfrage sei vom Volk entschieden worden, ist ein Affront. Diese Frage gehört aufs Tapet und soll vom Volk entschieden werden.

Andreas Bossard: Vor vier Jahren schätzte man den Sanierungsbedarf am Kantonsspital auf 75 Millionen Franken. Bei



Andreas Bossard: «Es ist schwierig zu ertragen, dass mit dem eingeschlagenen Kurs wertvolle Ressourcen am Standort Zug verschleudert werden.»

dieser Ausgangslage hätten sich Parallelstudien zwingend aufgedrängt. Auch die emotionale Bindung an den angestammten Platz ging als Standortvorteil völlig unter. Diese nährt sich aus dem Traditionsbewusstsein und der unvergleichlichen Lage mit dem herrlichen Aus- und Weitblick. Dazu kommen heute bereits ein topmoderner Behandlungstrakt und ein erst vor wenigen Jahren erstelltes Parkhaus, welches sich optisch und funktional gut eingliedert.

Anita Landis: Aus meiner Tätigkeit in Baar kann ich versichern, dass wir punkto Aussicht ebenfalls verwöhnt waren, und zwar bereits vom 1. Stock aus.

Manuela Weichelt-Picard: Bezüglich Lage könnte ein allfälliges neues Zentralspital in Baar mit der Seelage von Zug sicher nicht mithalten. Die Erreichbarkeit von Baar ist für die Bevölkerung vom Berggebiet mit dem öffentlichen Ver-



Anita Landis: «Optimale Betriebsabläufe sind für das Funktionieren eines modernen Spitals zentral. Und das traue ich einem Neubau eher zu.»

kehr heute auf jeden Fall denkbar schlecht. Das könnte und müsste sicher geändert werden. Schliesslich ist aber die Frage nach den Investitionskosten und den jährlichen Betriebskosten entscheidend, um die Standortwahl zu treffen. Ein redimensioniertes Projekt in Baar, das im Betriebsalltag nicht funktional ist und hohe Betriebskosten verursacht, müsste abgelehnt werden.

Spitalfilz

BULLETIN: Zurück zur Kostenfrage: Was darf uns ein neues Spital eigentlich wert sein?

Manuela Weichelt-Picard: Auch heute operiert man noch mit falschen Zahlen. In den von der Regierung im September 2002 genannten Kosten für das Projekt «Vitale» (146,6 Millionen fürs Spital

und 33,4 Millionen fürs Pflegezentrum) sind die Kosten für den Gesamtleistungswettbewerb, Parking, Spitaleinrichtungen, Erneuerung des unterirdischen Operationsaals, Rückvergütung Restwert Spital Baar, Provisorien und Unvorhergesehenes nicht enthalten. Werden diese Investitionskosten auch noch dazugerechnet, sind wir bei 210 Millionen Franken – ohne das Pflegeheim. Ist es nicht eine Frechheit, dass uns bei der Volksabstimmung im Herbst 1999 weisgemacht wurde, dass alle Kosten mit einem Objektkredit von 105 Millionen abgedeckt seien? Die Regierung präsentiert in den nächsten Wochen die «abgespeckte» Version. Darauf warte ich mit Spannung ...

BULLETIN: ... was die Gefahr einer Ablehnung des Baukredits in der Volksabstimmung drastisch erhöht!

Andreas Bossard: Ja, und daran haben gewisse Gesundheits-Lobbyisten sogar ein Interesse. Weitere Verzögerungen bei der Sanierung des öffentlichen Spitals stärken die «englische» AndreasKlinik in Cham. Es ist wohl kein Zufall, dass sie gerade jetzt eine Verdoppelung ihrer Bettenzahl beantragt.

Manuela Weichelt-Picard: Eine solche Erhöhung entbehrt jeder rechtlichen Grundlage, denn die der AndreasKlinik zugestandene Zahl von 50 Betten ist eng verknüpft mit der Bedarfsanalyse. Das Krankenversicherungsgesetz, KVG, verpflichtet den Kanton zu einer Spitalplanung. Die AndreasKlinik entsprach meiner Meinung nach von Anfang an nicht unserem Bedarf. Nachdem die Klinik Liebfrauenhof in Zug geschlossen wurde, drückte die Regierung beide Augen zu und setzte die AndreasKlinik trotz Überkapazität auf die Spitalliste. Nach dem Verkauf der Hirslandengruppe, zu der die AndreasKlinik gehört, nach England ist künftig offen, welche Politik verfolgt wird. Eines ist sicher, es muss im Gesundheitswesen Geld gemacht wer-

den. Das heisst, unsere Prämien steigen. Kleine und mittelgrosse Privatspitäler werden da sehr grosse Mühe haben, ausser sie finden Nischen wie zum Beispiel Schönheitschirurgie.

Anita Landis: Es ist heute schon so, dass Cham viele Grundbedürfnisse nicht abdeckt: Notfälle oder komplexere Operationen und Behandlungen. Sterbenskranke schiebt man gerne ins öffentliche Spital ab.

BULLETIN: War es richtig, die AndreasKlinik auf die Spitalliste zu setzen?

Anita Landis: Das Ganze war ein abgekartetes Spiel, bei dem es in erster Linie darum ging, die beliebte und einwandfrei funktionierende Gebärabteilung im Spital Baar als Konkurrenz zu eliminieren. Anders lässt sich die handstreichartige Schliessung des Akutspitals Baar (60 Betten) Ende 1999 nicht erklären. Im Kantonsspital Zug mussten damals Zimmer welche vorher leer standen wieder in Betrieb genommen werden, um die Patienten von Baar aufnehmen zu können. Das Kantonsspital war damals voll besetzt und die Baarer Gynäkologie und Orthopädie genossen einen ausgezeichneten Ruf.

Manuela Weichelt-Picard: Ein grosser Unsicherheitsfaktor ist der nach wie vor ungelöste Tarifstreit zwischen der AndreasKlinik und dem Krankenkassenverband. Im November 1999 hat der Zentralschweizer Krankenversichererverband den Vertrag mit der AndreasKlinik per Ende Juni 2000 gekündigt. Der Verband fordert folgende Spielregeln: «Fairness im Sinne der Wirtschaftlichkeit und zum Wohle der Patienten». Der Bundesrat hat bis heute noch keinen Entscheid getroffen. Wenn der Bundesrat gegen die Klinik entscheidet, wird es finanziell noch enger und das Absahnen mit Privatpatienten zu Lasten des Kantonsspitals noch ausgeprägter.

BULLETIN: Interessenfilz hat im Zuger Gesundheitswesen wohl einen noch höheren Stellenwert als in andern öf-

Die unendliche Geschichte

bis 1996: Planung Sanierung Kantons-spital Zug

Februar 1996: Motion Stawiko

September 1996: Drei Studien: Zentralspital auf der «grünenWiese», Standort Zug, Standort Baar

März 1999: Kantonsrat verabschiedet Gesetz über Zentralspital und Objektkredit, Baar

Juni 1999: Referendum mit über 5500 Unterschriften eingereicht

Oktober 1999: Volk lehnt Objektkredit ab und nimmt Zentralspital an

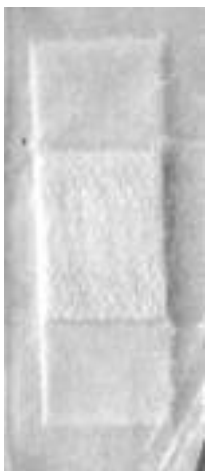
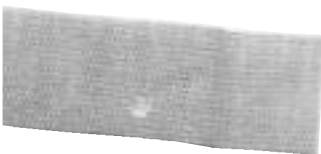
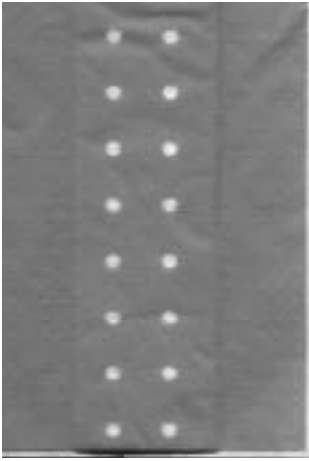
Januar 2000: Spital Baar wird geschlossen

Mai 2001: Start Gesamtleistungswettbewerb, Standort Baar

Juli 2002: Juryentscheid für Projekt VITALE

Oktober 2002: Überarbeitung VITALE

Dezember 2002: Betriebskosten VITALE voraussichtlich bekannt



fentlichen Pfründen. Lassen sich Namen nennen?

Manuela Weichelt-Picard: Mühelos eine ganze Reihe von A bis W, aber konkreter will ich nicht werden, sonst gehen vielleicht ein paar Drahtzieher vergessen.

BULLETIN: Welche Rolle spielen halböffentliche Körperschaften im Netzwerk der Spitalpolitik?

Andreas Bossard: Grossen Einfluss hat nach wie vor die Bürgergemeinde Baar mit ihrer Stiftung Spital Baar. Sie ist Besitzerin von Land und Immobilien des ehemaligen Akutspitals sowie des Pflegeheims und ist 50%-Aktionärin der Spitalbetriebe Baar-Zug AG. Auch die Bürgergemeinde Cham ist als Trägerin des dortigen Pflegezentrums und bis vor kurzem als Aktionärin der AndreasKlinik AG stark involviert.

Wie weiter?

BULLETIN: Ging es bei der Jurierung der Wettbewerbsarbeiten für ein neues Zentralspital mit rechten Dingen zu?

Manuela Weichelt-Picard: Streng genommen wurden mit der massiven Kostenüberschreitung von «Vitale» die Wettbewerbskriterien nicht erfüllt. Der Jury-Entscheid ist so rechtlich fragwürdig. Entscheidend ist jedoch, wie sich die dem Planungsteam auferlegte Kostenreduktion von 20 Prozent auf das Projekt auswirkt.

Anita Landis: Optimale Betriebsabläufe sind für das Funktionieren eines modernen Spitals zentral. Und das traue ich einem Neubau eher zu, vorausgesetzt, dass ein Abspecken beim Siegerprojekt «Vitale» nicht auf Kosten der Infrastruktur erfolgt. Im Weiteren sind in Baar wertvolle Synergien zwischen Zentralspital und Pflegezentrum zu erwarten.

Andreas Bossard: Es ist schwierig zu ertragen, dass mit dem eingeschlagenen Kurs wertvolle Ressourcen am Standort Zug verschleudert werden.

Anita Landis: Für die Gebäulichkeiten

des Kantonsspitals sind sinnvolle Alternativnutzungen denkbar: attraktiver Wohnraum für alle Einkommenschichten, ergänzt durch öffentliche Einrichtungen, Vereins- und Probelokale zum Beispiel. Damit würde die integrative Funktion des Ortes weitergeführt und die allgemeine Wohnungsknappheit in der Region gemildert.

Manuela Weichelt-Picard: Im Vordergrund steht meines Wissens ein Verkauf an Private. Und was das bedeutet, haben wir mit dem Liebfrauenhof erlebt: Eigentumswohnungen nur für gut Betuchte oder sonst ein Luxusprojekt.

BULLETIN: Soll das Volk nochmals über den Spitalneubau abstimmen können?

Unisono: Auf jeden Fall.

Manuela Weichelt-Picard: Wir haben uns schliesslich nicht umsonst für das von bürgerlicher Seite mehrfach torpedierte zweistufige Verfahren eingesetzt: für die Trennung von Planungs- und Baukredit. Die Regierung schlägt nun von sich aus eine Volksabstimmung vor, das begrüsse ich. Nur was ist, wenn das Volk den Kredit erneut ablehnt? Die Regierung und der Kantonsrat sind gut beraten, wenn sie beide Varianten «Zentralspital Zug» und «Zentralspital Baar» zur Abstimmung bringen würden.

Anita Landis: Hoffentlich so, dass der Scherbenhaufen am Schluss nicht noch grösser wird.

Andreas Bossard: Die politischen Verantwortlichen haben uns in eine verfahrenere Situation manövriert, wo wir leider nur zwischen zwei Übeln wählen können. Wir kranken bestimmt noch lange an den schwer verdaulichen Entscheiden der bürgerlichen Kantonsratsmehrheit. ■

Bisherige Artikel zur Zuger Spitalpolitik:
Nr. 4/00: «Bittere Medizin», «Psychiatrie light», «Neue Planung dank Referendum»;
1/01: «Granzio vs. Weichelt»; 1/02: «Freiräume schaffen».

Armee, Öltanker und Stadtpolitiker auf Abwegen

Hanspeter Uster wurde im Wahlherbst 2002 mit der höchsten Stimmenzahl als Regierungsrat bestätigt. Er äussert sich zur fragwürdigen Strategie des Bundesrates bezüglich innere Sicherheit, zur Tankerhavarie vor der galizischen Küste sowie zu Hausbesetzungen.

Hanspeter Uster, Landammann, Baar

Seit Herbst 1999 erarbeiten das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) und die KKJPD (gesamtschweizerische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren) gemeinsam die Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz (USIS). Dabei wurde festgestellt, dass es für Sicherheitsaufgaben bei Grossveranstaltungen, bei der Bewachung von Botschaften, Kontrollen an den Grenzen und anderen Bereichen Lücken in den kantonalen Polizeikorps gibt. Deshalb haben EJPD und KKJPD verschiedene Modelle entwickelt, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Im Vordergrund stand immer die Variante «Kantone».

Das Militär sucht Aufgaben

Nun hat der Bundesrat vor kurzem entschieden, dass das VBS für diese Aufgaben herangezogen werden soll. Er hat damit nicht nur den Vorschlag der Kantone vom Tisch gefegt. Er will vielmehr – und das ist ein eigentlicher Paradigmawechsel – der Armee im Bereich der inneren Sicherheit ein neues Legitimationsfeld schaffen. Abgesehen von der verfassungsrechtlichen Problematik – die Armee ist gemäss Bundesverfassung erst als allerletztes Mittel einzusetzen – bekommt das Militär neben den vom Volk im Juni 2001 knapp gutgeheissenen Auslandeinsätzen ein sehr viel breiteres

Einsatzgebiet im Innern. Die grüne Nationalrätin Franziska Täuscher hat sich zutreffend geäussert: «Die Armee ist überflüssig, wenn sie neue Aufgaben erfinden muss, um sich zu rechtfertigen.» Ich habe mich in den Medien wie auch an der KKJPD gegen einen dauerhaften Einsatz der Armee ausgesprochen. Die Polizeikorps investieren sehr viel Zeit für eine gute Ausbildung ihrer Spezialisten für Bewachungsaufgaben oder Ordnungsdienstleistungen.

Die Armee meint nun, sie könne dies auch mit WK-Soldaten und sogenannten Durchdienern (eine neue Kategorie, die nach der RS die gesamte Dienstzeit am Stück absolviert) garantieren. Dies ist nicht möglich. Der Präsident der schweizerischen Polizeikommandantenkonferenz hat es so formuliert: «Die Polizei muss in jedem Fall verhältnismässig arbeiten, der Auftrag der Armee ist die Vernichtung des Feindes.» Auch wenn sich diese Aussage martialisch anhört, ist sie richtig, indem sie den grundverschiedenen Auftrag auf den Punkt bringt.

Galizische Ölkatastrophe

Ich war ziemlich überrascht, als mich Radio DRS am 21. November 2002 um eine Stellungnahme zum Untergang der «Prestige» anfragte. Spontan sagte ich, dass mit der «Prestige» auch das Prestige von Zug Schaden erleide. Und ich schlug den Ölhändlern vor, einen Ehrenkodex zu vereinbaren, mit dem sie sich verpflichten, nicht mehr unter Billigflaggen Tanker zu chartern und ihre Fracht nur noch auf doppelwandigen Tankern zu transportieren. Die Motionen der Alternativen im Kantonsrat und im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug, die Steuereinnahmen der betreffenden Firma den Betroffenen

in Galizien zu überweisen, wird sicher zu einer interessanten Diskussion um den Finanz- und Handelsplatz Zug führen.

Gubelstrasse und Zeughaus

Seit Mitte September 2002 beschäftigen mich natürlich auch die Hausbesetzungen an der Gubelstrasse beziehungsweise im Zeughausareal. Gelingt es der Politik nicht, tragfähige Lösungen zu finden, wird diese Aufgabe an die Polizei delegiert. Weder sie noch die Sicherheitsdirektion können aber gesellschaftliche Probleme und Konflikte dauerhaft lösen. Deshalb, und das wäre mein Neujahrswunsch, sind gesellschaftliche Fragen, auch wenn sie unkonventionell gestellt werden, ernst zu nehmen. Sonst grenzen wir eine ganze Generation von jungen Leuten, die etwas verändern und gestalten wollen, aus, und die ewige Klage «die Jungen engagieren sich nicht mehr» taugen vielleicht noch für Sonntagsreden, aber nicht für den Alltag.

Wahlen 2002

Zuletzt und doch nicht zuletzt, möchte ich an dieser Stelle allen, die sich bei den kommunalen und kantonalen Wahlen für unsere Listen eingesetzt haben, ganz herzlich danken. Wir sind breit getragen. Das stellt auf, gibt Kraft und motiviert für die nächsten vier Jahre. ■



Hanspeter Uster setzt bei der inneren Sicherheit auf die Polizei, nicht auf die Armee.

«Dä Pfludi mues irgendwo häre»

Vom «Pfludi» sprach Baudirektor Hans-Beat Uttinger, als er zum Teilrichtplan Abfallanlagen an einer Informationsveranstaltung in Baar Stellung bezog. Aufgrund einer Motion wurde der noch junge Teilrichtplan Abfallanlagen (1997) überarbeitet und mit neuen Deponiestandorten versehen. Darunter auch das Sampflital oberhalb Blickensdorf, welches nach Meinung der Baudirektion und der Mehrheit der vorberatenden Kommission mit «nicht standfestem» Material zugeschüttet und durch einen Damm gesichert werden soll.

Anna Lustenberger Seitz,
Kantonsrätin SGA, Baar

Aushubmaterial von Baustellen, ist grundsätzlich nass, lehmig, rutschig: «Pfludi» eben, so Baudirektor Hans-Beat Uttinger fachmännisch. Dieses Material findet man vor allem in früheren See- und Mooregebieten. Daher wird auch von Seekreide gesprochen. Aber auch die grossen klimabedingten Regenmengen tragen ihren Teil zum durchnässten Material bei. Zudem werden immer mehr Bauten mit mehr als einem Untergeschoss gebaut. Wurde früher die Aushubtätigkeit bei nassem Wetter eingestellt, lässt der harte Wettbewerb unter den Baufirmen dies heute nicht mehr zu. Dieses Material aber irgendwo zu deponieren ist, bei der grossen Bautätigkeit in unserem Kanton ein Problem geworden. Dazu braucht es ein Loch oder einen Damm, damit dieser «Pfludi» nicht wegrutscht.

Sampflitali und Betonfürst Risi

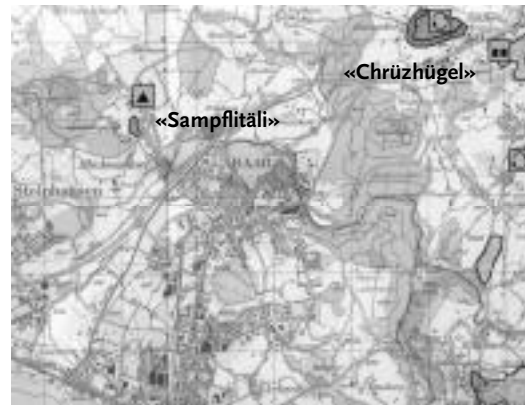
Einen optimalen Ort für eine Deponie, fand der Besitzer des Bodens, Adrian Ri-

si. Mittels zweier Dämme könnten über 150 000 m³ Material deponiert werden. Dass dies ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bevölkerung der Gemeinden Baar und Steinhausen ist, lässt ihn kalt. Auch, dass Baar 1991 in dieser Gegend zwei Naturschutzgebiete bestimmt hat und Trockenwiesen von hoher biologischer Bedeutung entstanden sind, berührt den Geschäftsmann nicht. Erschreckend auch, dass die Baudirektion dies ebenfalls nicht mehr anerkennt.

Aber noch andere Gründe sprechen für den Erhalt dieser lieblichen Landschaft. In vorhistorischer Zeit war dieses Gebiet eine Schmelzwasserrinne, welches heute ein eindrückliches Zeugnis für die damalige Gletschertätigkeit darstellt. Im Einzugsgebiet der vorgesehenen Deponie befindet sich eine Grundwasserfassung der Korporation Blickensdorf. Erst kürzlich wurde ein neuer Trinkwasserstandort gefunden. Pumpversuche zeigen positive Resultate. Doch all dies reichte der vorberatenden Kommission nicht, um dieses Gebiet aus dem Entwurf des Teilrichtplanes zu streichen. Risi will die Chance packen, eine Deponie betreiben und seine Monopolstellung noch verstärken. Oberhalb des Tälis beim angrenzenden Risi-Werkhof sind gut sichtbar Baubretter und Bauwagen gelagert. Hat der Betonfürst bereits das Sagen?

SGA Baar und weitere wehren sich

Bereits im Frühling lehnte die SGA in einem Leserbrief diesen Deponiestandort ab. Diese Haltung ist auch in die Ver-



Das Naherholungsgebiet «Sampflitali» als Deponie? Der «Chrüzhügel» eignet sich besser.

nehmlassung der Baudirektion eingeflossen. Im November wurden alle Mitglieder des Kantonsrates vom Präsidenten der Korporation Blickensdorf zu einer Besichtigung eingeladen. Und fast alle Baarer Rätinnen und Räte unterstützen das Anliegen von SGA, SP, Pro Natura, Korporation und Gemeinde Baar. Leider wird im Kantonsrat bereits in der Dezembersitzung über den überarbeiteten Teilrichtplan entschieden. Eine Petition mit vielen Baarer Unterschriften soll den Rat bewegen, das Sampflitali aus dem Teilrichtplan Abfallanlagen zu streichen.

Gibt es eine Alternative?

Zweifellos braucht es Standorte für Regierungsrat Uttingers «Pfludi», denn grosse Bauvorhaben sind in Planung. Reichlich spät wurde die Baudirektion auf Risis Kiesgrube «Chrüzhügel» oberhalb Sihlbrugg (siehe Karte) aufmerksam. Kiesgruben sind verpflichtet, Aushubmaterial entgegenzunehmen, um sie wieder aufzufüllen; sie eignen sich vorwiegend für standfestes Material. Nun wurde aber im östlichen Teil des «Chrüzhügels» auch ein Standort für rutschiges Material gefunden, mit noch mehr Kapazität als im schützenswerten Sampflitali. Ein Affront sondergleichen, dass dieser Standort bisher nicht ernsthaft abgeklärt wurde! Eine Zwängerei mit schwerwiegenden Folgen für Mensch und Natur.

Bei Erscheinen dieser Bulletin-Nummer hat der Kantonsrat über die Aufnahme dieses Standortes entschieden. ■

Zwei Schritte vor – einen zurück

Die gemeindlichen und kantonalen Erneuerungswahlen im Herbst haben die politische Landschaft des Kantons Zug zwar nicht grundlegend verändert, aber doch markante Akzente gesetzt. Da ist einerseits das historische Resultat der SGA in der Stadt Zug, wo sie zur deutlich stärksten linken Kraft aufgestiegen ist und gleich stark wie CVP und SVP ist. Andererseits kam es zum befürchteten flächendeckenden Vormarsch der SVP im Kanton.

Martin Stuber, Kopräsident der SGA

Gemeindliche Wahlen

Erfolg der gemeinsamen Stadtratsliste

Im Stadtrat gewann die vereinigte Linke mit Dolif Müller (SP) und Andreas Bossard (CSV) den zweiten Sitz auf Kosten der CVP zurück. Ohne Bisherigen-Bonus war die gemeinsame linke Liste von SP, SGA und CSV zu den Stadtratswahlen angetreten. SGA und CSV kamen nach schwierigen Verhandlungen mit der SP überein, eine Kandidatenliste mit der Formel 1-1-2 (1 SGA, 1 CSV, 2SP) zu präsentieren. Die drei Parteien einigten sich auch auf ein gemeinsames Wahlprogramm, dessen Umsetzung in der Wahlvereinbarung festgeschrieben ist – beides auf dem Internet unter www.sga-zu.ch.

Die SGA setzte sich auch für einen substantiellen gemeinsamen Wahlkampf ein, da nur so die Liste glaubwürdig eine Alternative zu den Bürgerlichen darstellen konnte. Das Zusammengehen hat sich gelohnt, wenn auch nur knapp – mit 26 Listen mehr hätte die SVP auf Kosten der gemeinsamen Liste einen Stadratsitz geholt! Wie zu erwarten machten die beiden stadtbekanntesten «Alteingesessenen» auf der Liste das Rennen. Andreas

Bossard allerdings nur knapp vor Marianne Zehnder, die – erst vor fünf Jahren zugezogen – mit einem Superresultat aufwartete. Auf der eigenen Liste wäre sie gar gewählt worden. Ironischerweise überholte CSV-Kandidat Bossard die SGA-Politikerin ausgerechnet dank den Zusatzstimmen aus der CVP.

Fast auf das Prozent genau konnten SP, SGA und CSV den Anteil an WählerInnenstimmen holen, welche vor vier Jahren die beiden getrennten Listen von SP/SGA und CSV addiert realisierten. Die CVP vermochte trotz einer Frauenliste mit Kandidatinnen, die eher links ihrer GGR-Fraktion stehen, nur wenige Stimmen von der CSV zurückholen.

Die FDP verlor drei Prozent. Dennoch verteidigte sie ihre beiden Vollmandate. Wohl dank ihres Zugpferdes Stadtpräsident Luchsinger, der ein fast historisches Ergebnis bei den persönlichen Stimmen erreichte.

Knapp am totalen Debakel vorbei ging die CVP mit nur gerade vier Listenstimmen vor der SVP. Die hatten fest mit einem Sitz gerechnet und konnte es nicht fassen, allen voran Kandidat Werner Villiger. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel für die Stadtzuger SVP.

Abgesehen vom krankheitsbedingten Ausfall von Toni Gügle dürfte die CVP wohl die Rechnung für vier Jahre Politik präsentiert bekommen haben, die sich allzu oft nur wenig von der SVP unterscheidet. Dies fand im Grossen Gemeinderat (GGR) seinen Ausdruck in zahlreichen gemeinsamen Vorstössen mit der SVP. Doch wer rechts wählt, wählt das «Original».

SGA in der Stadt stark wie noch nie

Damit hatte niemand gerechnet: bei den Wahlen für den Grossen Gemeinderat wurde die SGA mit einem Stimmenanteil von 17,9 Prozent zur zweitstärksten politischen Kraft und schloss mit sieben Sitzen (plus 3 Sitze) zu CVP und SVP auf. Die SP verlor nochmals einen Sitz ge-

genüber 1998 (neu 5 Sitze), die CSV gar zwei (neu 1 Sitz).

Nur dank grossem Proporzglück verlor die FDP nicht mehr als einen GGR-Sitz, genau wie die CVP. Die beiden Sitze gingen an die SVP. Die Besonderheiten des Listenproporz bringen es mit sich, dass die grossen Parteien bei der Restmandatverteilung bevorzugt werden. Ärgerlich ist, dass die CSV mit einer einzigen zusätzlichen Listenstimme der FDP dieses Restmandat abgeluchst hätte. Zum Vergleich: «Alternative (SGA und Parteilose)» fehlten 40 Listen zum achten Sitz.

Die Wahlen für Stadt- und Gemeinderat haben es bewiesen. Jede Stimme zählt. Es gibt keine Entschuldigung für Stimmabstimmungen von wegen «auf meine Stimme kommt es ja auch nicht mehr an».

Das Erfolgsrezept: Tue Gutes ...

Mit 500 Listenstimmen mehr als 1998, dem Satz von 4 auf 7 Sitze und dem Vorrücken zur zweitstärksten Partei bezüglich Listenstimmen ist die Liste «Alternative (SGA und Parteilose)» die Siegerin der Gemeindewahlen in Zug. Der klare Kurs im Grossen Gemeinderat und der bei allem Fleiss nie verkrampfte Effort der Fraktion zahlte sich aus. Zwar witzelte ein Unbeteiligter am Wahlabend, die SP und die CSV seien den Bruibach runtergegangen. Mag sein, aber wir beackerten mit Erfolg auch andere Felder: der Kampf gegen die Antennenflut, der Einsatz für das Velo und die Fussgängerinnen und Fussgänger, eine aktive Landpolitik zugunsten günstigen Wohnraumes, gegen die unsoziale Steuerpolitik, für die Öffnung des Siemens-Areals, Unterstützung der Hausbesetzerinnen und -besetzer an der Gubelstrasse/Zeughaus. Dies sind einige der Gründe. Offensichtlich trauten uns viele linke Wählerinnen und Wähler zu, dass wir das weiterhin mit Elan umsetzen werden.

... und rede darüber!

Wieweit zum Erfolg beigetragen hat, dass wir uns nicht einfach nur im GGR abstrampeln, ohne dass unsere Arbeit allzu sehr von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, sondern eben mit der Inseratenserie in der Zuger Presse seit anfangs Jahr kontinuierlich informierten, lässt sich schwer sagen. Sicherlich hat es geholfen, wie auch die speziellen Quartierflugis, welche die Verankerung unserer KandidatInnen im Quartier umsetzen konnten.

2006 acht GGR-Sitze?

Den eingeschlagenen Kurs im GGR konsequent weiterfahren, eine solidarische aber kritische Begleitung unserer beiden Stadträte und vermehrte Arbeit direkt an der Basis, in den Quartieren und mit den Mitteln der direkten Demokratie: Wenn wir das beherzigen, dann gibt es keinen Grund, in vier Jahren nicht noch mehr Sitze zu machen.

Alternative hielten ihre Sitze in allen Zuger Gemeinden

In den gemeindlichen Exekutiven der anderen Gemeinden konnten die Alternativen ihre Sitze mehr oder weniger bequem halten, in Cham zieht das KriFo mit einem Glanzresultat für Charles Meyer wieder in den Gemeinderat ein. Knapp wurde es in Baar, wo der zweite linke Sitz wackelte. Den zweiten Sitz verdankt die SP unserer Kandidatin Anna Lustenberger-Seitz. Die Baarer SGA taktierte mit der 2er-Liste richtig. Das sturen Beharren der SP auf zwei eigenen KandidatInnen hätte mit Sicherheit zum Sitzverlust geführt. Daran wird in vier Jahren zu erinnern sein.

Spannend war die Ausmarchung auch in Menzingen, wo die links profilierte Pia Rhyner (Freie Wähler) den betont Parteilosen Listenkollegen Edi Häfliger,

der zudem auch als Gemeindepräsident kandidierte, schlagen konnte.

Kantonale Wahlen

«Aufbruchstimmung»

«Ich spüre eine Aufbruchsstimmung bei uns!» Dieses Zitat diente als Titel eines grossen Interviews mit Landammann Hanspeter Uster im BULLETIN vom März 2002. Was nicht nur Uster spürte und sich bei den gemeindlichen Wahlen zeigte, setzte sich auch bei den kantonalen Wahlen fort: Die gemeinsame Regierungsratsliste «SP und Alternative» mit Hanspeter Uster als Spitzenkandidat etablierte sich erstmals als stärkste Liste und kam mit einem Stimmenanteil von rund 27 Prozent nahe an das Erdrutschergebnis von 1990 heran.

Eine Vorstellung über die Stärke des Uster-Effektes gibt ein Vergleich zwischen Regierungsrats- und Kantonsratswahlen. Die Regierungsratsliste erzielte ohne Walchwil, wo beim Kantonsrat keine linke Liste antrat, rund 800 Stimmen mehr, als die addierten KR-Resultate.

Stadt neu mit 3 alternativen Kantonsräten

In Zug und Baar, wo die Alternativen ihren Wahlkampf mit den Zugpferden Uster und Ständeratskandidat Lang bestritten, schaute unter dem Strich schliesslich ein Sitzgewinn für die Linke im Kantonsrat in der Stadt heraus. 3 statt 2 Sitze, obwohl die Stadt 2 von 20 Sitzen an andere Gemeinden abgegeben hatte. Die KR-Liste «Alternative (SGA und Parteilose)» konnte das Superresultat der GGR-Wahlen damit bestätigen.

Wie stark die Angst vor dem Sitzverlust die SP-Wählerschaft mobilisiert hat, ist zahlenmässig schwer abzuschätzen, dürfte aber sicher eine wichtige Rolle gespielt haben. Der SP war klar, dass ein Sitzverlust auf ihre Kosten gehen würde und musste mobilisieren.



Freude übers Glanzresultat: Kahtrin Staubli mit Landa- und Ehemann Hanspeter Uster.

Harte Regierungsratswahlen 2006

Nur knapp verfehlt hat Toni Kleimann sein Ziel, an dritter Stelle auf der Liste abzuschliessen. Ein kleiner Trost: das drittbeste Streichresultat auf der eigenen Liste, immerhin vor dem Präsidenten der SP, der von seiner grösseren Medienpräsenz nicht profitieren konnte. Auffällig ist bei beiden, wie weit zurück sie hinter den Bisherigen bei den persönlichen Stimmen sind.

Das obengesagte macht auch deutlich, vor welcher Herausforderung die Linke in vier Jahren steht. Voraussichtlich werden beide Bisherige nicht mehr antreten. Uster sicher nicht, Profos aus Altersgründen höchstwahrscheinlich nicht. Die linken Gruppierungen müssen es schaffen, in den kommenden vier Jahren valable Kandidatinnen und Kandidaten aufzubauen, sonst wird die Verteidigung des zweiten Sitzes sehr schwierig.

Kein Glück bei den Kantonsratswahlen

Einen unverdienten und angesichts des erfolgreichen alternativen Referendums gegen die Ladenöffnungszeiten kurz vor den Wahlen auch unerwarteten Dämpfer erlitt die Alternative Fraktion mit zwei Sitzverlusten. Den Sitzgewinnen der SGA in Zug und des Kritischen Forums Cham stand der nicht ganz unerwartete Sitzverlust der Frischen Brise in Steinhausen gegenüber. Vor vier Jahren war dort die SP gar nicht angetreten und vor acht Jahren machten Manuela Weichelt und Toni Kleimann die beiden Sitze auf der gemeinsamen Liste von FriBri und SP.



Drei Sitze im Kantonsrat: Martin Stuber, SGA-Koprsäsident und neuer Kantonsrat, mit Gemeinderätin Marianne Zehnder.

Alternative und SP: Gemeinsam getrennt marschieren

Sporadisch taucht in der sonst spärlichen innerlinken Diskussion das «Gespenst» einer grossen linken Partei im Kanton Zug auf. Abgesehen von in den letzten Jahren eher gewachsenen inhaltlichen Differenzen stellt sich auch die Frage des elektoralen Nutzens einer «grossen» Partei. Was sagen uns die Wahlen dazu?

Ein Vergleich zwischen Regierungsrats- und Kantonsratswahlen (ohne Neuheim und Walchwil, die nur je zwei Sitze vergeben und deshalb im Major wählen) gibt interessante Hinweise. Die einzige Gemeinde, wo der addierte linke Stimmenanteil bei den Kantonsratswahlen höher als bei den Regierungsrats-Wahlen lag, ist ausgerechnet Zug – also da, wo die Linke mit Alternativen, SP und CSV mit drei Listen für den Gemeinde- wie den Kantonsratantrat. Mit Ausnahme von Menzingen, wo Kantonsrat und Regierungsratsidentische Listenstimmen machten, erzielte die gemeinsame Regierungsrats-Liste überall mehr Stimmen als die Linke bei den Kantonsrats-Wahlen. Deutlich am kleinsten ist der Unterschied in Cham, wo ebenfalls zwei getrennte Listen um Kantonsrats-Sitze kämpften.

Gäbe es nur eine linke Partei im Kanton Zug, wäre der zweite Regierungsratsratssitz auf jeden Fall weg.

Wahlen 2002

Genau genommen gewann die SGA auch in Baar einen Sitz hinzu, denn vor vier Jahren machte die SP drei Sitze und die SGA nur einen – Anna Lustenberger rutschte aber für die in den Regierungsrat gewählte Monika Hutter nach. Nun wurden sie und neu Berty Zeiter mit guten persönlichen Resultaten gewählt.

Unerwartet und nur um 25 Listen verfehlte die CSV ihren Sitz in der Stadt Zug. Mit einer gemeinsamen Liste von Alternativen und CSV wäre der Sitz von Andreas Bossard zweifellos nicht verloren gegangen.

Opfer des Vormarsches der SVP wurde das Forum Oberägeri und die Freien Wähler Menzingen, die ihre Kantonsratssitze verloren. Der Abstand zur SVP ist in diesen beiden Gemeinden relativ gross. In Wahlkreisen mit nur vier Sitzen gibt es de facto eine 20-Prozent-Hürde und es herrschen majorzähnliche Verhältnisse. Gross ist der Abstand auch in Risch, aber dort sind sechs Sitze zu verteilen, weshalb das Gleis 3 seinen Sitz mit der links und ökologisch profilierten Lilian Hurschler gut verteidigen konnte.

Linke stärker als SVP

Insgesamt liegt der Stimmenanteil der vereinigten Linken bei den Kantonsratswahlen um zwei Prozent höher als bei der SVP, selbst wenn Walchwil, wo keine linke Liste antrat, hinzugezählt wird.

Die SP, deren abtretende Fraktion für einige linke Irritationen sorgte (Ladenöffnungszeiten, Teilrichtplan Verkehr, Swissbeitrag: um nur einige Beispiele zu nennen), konnte alle Mandate halten und gewann dasjenige in Steinhausen hinzu.

Wenn in den Gemeinden mit gemeinsamen Listen die Stimmen hälftig aufgeteilt werden, liegen im gesamtkantonalen Vergleich die Alternativen mit 400 Listenstimmen vor der SP, im neu bestellten Parlament ist die SP aber wieder knappstärker.

SVP im nationalen Trend

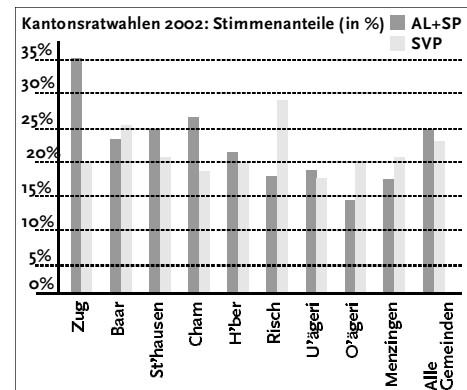
Der Vormarsch der SVP war zu erwarten. Dass er sitzmässig in einer Verdoppelung der Mandate gipfelte, gibt aber ein verzerrtes Bild wieder. Vor allem zwei Faktoren spielten eine Rolle:

1. Sitzgewinne in drei Gemeinden, wo die SVP vor vier Jahren gar nicht angetreten war. Neben Steinhausen kam dann in Oberägeri und Menzingen mit nur gerade vier zu vergebenden Sitzen noch das Proporzglück hinzu, weil die SVP die alternativen Gruppierungen überholen konnte und so den vierten Sitz machte.

2. Die SVP legte im Ennetsee (Risch, Cham und Hünenberg) und in Unterägeri so stark zu, dass damit vier weitere Sitzgewinne möglich wurden.

Die Verdoppelung der Sitze basiert also nicht auf einer Verdoppelung der Listenstimmen – dies gelang nur in Hünenberg. Vergleichen wir das Resultat der kantonalen Wahlen 2002 mit den Nationalratswahlen von 1999, so ergibt sich sowohl im Regierungsrat wie auch beim Kantonsrat je ein Minus von deutlich über 1000 Listenstimmen.

Die SVP ist jetzt zwar sitzmässig gleich stark wie die Zuger Linke, hat aber vorderhand ihren elektoralen Zenit im Kanton Zug überschritten. Ob das nur ein kleines Zwischentief ist, wissen wir



nächstes Jahr, nach den Nationalratswahlen.

CVP hält Sitze auf Kosten der FDP

Mit viel Proporzglück und trotz teilweise gewaltigen Einbrüchen in Cham, Risch, Hünenberg, Oberägeri und Menzingen gab es für die CVP nur einen Sitzverlust. Die Zeche bezahlte die FDP. Sie ist in Zug deutlich (trotz Zugpferd Matthias Michel auf der Liste) und Unterägeri (wegen der Absenz von Joachim Eder?), Steinhausen (Tännler-Effekt?) und Oberägeri brutal eingebrochen. Nur gerade in Risch vermochte sie sich zu verbessern. Wohl dank Michel Ebinger, der wieder antreten konnte.

Offenbar spielten bei den kantonalen Wahlen die nationalen Einflüsse eine grössere Rolle. Im nach Zürich orientierten Kanton Zug weiss das Stimmvolk um die Verantwortung des freisinnigen Wirtschaftsilzes für Swissair-, Rentenanstalt- und weitere Debakel.

Weshalb hat vor allem die SVP davon profitiert? Einen ersten Hinweis liefert die Stimmbeteiligung, welche nach einem kontinuierlichen Rückgang seit 1990 nun das erste Mal wieder auf 47,5 Prozent bei den kantonalen Wahlen gestiegen ist. Die SVP mobilisiert.

Rechtsrutsch im Kantonsrat: Ausgrenzung der Alternativen

Das Resultat ist trotz hohem linken Stimmenanteil paradoxerweise ein Kantonsrat, der noch weiter rechts steht. Ob die bei Redaktionsschluss sich abzeichnende Haltung von FDP und CVP, die Alternativen aus der Stawiko und der Justizprüfungskommission hinauszudrängen und der SVP diese Sitze zuzuhalten, ein Vorbote dieser Rechtsentwicklung ist, wird sich zeigen. Viel wird davon abhängen, ob die FDP der Versuchung widerstehen kann, die SVP rechts zu konkurrieren und ob die CVP noch stärker auf

SVP-Kurs einschwenken wird als bisher. Konstruktive, aber sehr profilierte Opposition ist auf jeden Fall angesagt.

Neun wacklige Sitze im Kantonsrat

Jedes neunte Mandat im Kantonsrat ist ein Restmandat. Das im Vergleich zu den gemeindlichen Wahlen gute kantonale Resultat der CVP erklärt sich zum Teil durch die drei Restmandate in Zug, Hünenberg und Oberägeri. Aber auch die Linke hatte Glück: drei Restmandate der gemeinsamen Listen in Baar und Steinhausen und der SP in Cham müssen in vier Jahren verteidigt werden. Die SVP errang zwei Restmandate: in Zug und Risch. Die FDP machte nur gerade eines in Menzingen.

Ständeratswahlen: Lang weit vor Durrer

Der Rechten die Ständeratswahlen nicht alleine überlassen, nachdem sich die SVP doch noch zu einer Kandidatur entschlossen hatte – mit diesem Motto trat Josef Lang als Kandidat der gemeinsamen Liste von Alternativen und SP an. Trotz kurzer Anlaufzeit gelang es Lang mit viel Engagement und klaren politischen Inhalten, den Ständeratswahlen seinen Stempel aufzudrücken.

Die Wahl von Peter Bieri und des Vertreters der Vermieterinteressen Rolf Schweiger konnte zwar nicht verhindert werden. Das Päckli von FDP und CVP mit einer gemeinsamen Liste bei der Majorzwahl unmöglich zu knacken – und zeigte im übrigen auf, wie recht wir hatten bei der Abwehrung des Majorzes im Kanton.

Aber Lang vermochte dem kleinen Zuger «Blocher», Hans Durrer, souverän den Meister zu zeigen und distanzierte diesen um 1100 Stimmen. Eine empfindliche Niederlage für die SVP, die sich zwar damit trösten kann, in den Berggemeinden und in Risch die Nase vorne gehabt zu haben, in Durrers Wahlgemeinde Zug aber um fast 1000 Stimmen von der linken Liste distanziert wurde. ■



Wahlanalyse: Toni Kleimann, Regierungsratskandidat der Alternativen und der im Amt bestätigte Gesundheitsdirektor Joachim Eder.

Wahlkampagnen: links wie rechts

Alternative: Einheit von Form und Inhalt

Es ist natürlich Selbstlob, und doch muss es gesagt sein. Die Wahlbüchlein der SGA, der Partei mit dem kleinsten Wahlbudget, haben Furore gemacht. Weit über die Linke hinaus. Es geland, die ganze Vielfalt der Listen und die persönliche Ausstrahlung der Kandidatinnen und Kandidaten mit klaren und konkreten politischen Botschaften zu verbinden, die aufgrund des Leistungsausweises auch glaubwürdig sind. Nicht «Design statt Sein», wie es oft genug und leider zu oft auch mit Erfolg in der Politik praktiziert wird, sondern Einheit von Form und Inhalt. Und wenn nicht der Hinweis darauf gefehlt hätte, dass die farbigen Hochglanzbüchlein tatsächlich auf Umweltschutzpapier gedruckt wurden, wäre es wohl perfekt gewesen.

SVP: am ineffizientesten

Niemand weiss, wieviel die bürgerlichen Parteien insgesamt für die Wahlen ausgegeben haben. Eines ist aber sicher: ein x-faches des Budgets der Alternativen, aber auch ein Mehrfaches des SP-Budgets. Rechnet man die unsägliche Testimonialserie seit Beginn des Jahres auch zu den Wahlkampfkosten, kann wohl davon ausgegangen werden, dass die SVP mit mehreren hunderttausend Franken das grösste Budget hatte. Umgelegt auf die Sitze heisst das: die SVP ist die ineffizienteste Partei im Kanton. Den anderen Misswirtschaft vorwerfen und das Sparen predigen, aber selber ...

«Eine natürliche Entwicklung wie in Manhattan»

Im Kanton Zug kommt es bei wichtigen industriellen Betrieben zum Abbau von vielen Arbeitsplätzen. Dazu erschweren die hohen Mietzinsen unteren und mittleren Einkommensschichten das Wohnen im Kanton Zug. Nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die gesellschaftliche Vielfalt Zugs ist bedroht.

**Erwina Winiger Jutz, Kantonsrätin
Kritisches Forum, Cham**

Gemäss Statistik hat sich die Anzahl Firmen im Kanton Zug in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt. Es sind heute rund 18 000 Unternehmen ansässig, bevorzugt werden Handels- und Finanzgesellschaften. Die Tatsache, dass der Anteil des industriell-gewerblichen Bereichs immer noch leicht über dem nationalen Durchschnitt von 26 Prozent liegt, darf nicht über die rasante Entwicklung Richtung Büro-Monokultur hinwegtäuschen. Heute arbeiten bereits 70 Prozent von Zugs Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich. Die massive Zunahme von nichtproduzierenden Firmen verstärkt diesen Trend.

Finanz und Handel verdrängt Werkplatz

Die Krise droht die industriell Beschäftigten aus dem Zugerland zu verdrängen. An der Podiumsdiskussion vom 8. September 2002, welche zum Thema «Reicher Kanton – Armer Kanton» stattfand, beschwichtigte FDP-Ständerat Roland Schweizer die ganze Situation mit dem Satz: «Es ist eine natürliche Entwicklung wie in Manhattan. Manhattan hat auch keine Industrie.» Meiner Ansicht nach ist Manhattan nicht die ideale Referenz für Zug. Der Kanton Zug erlebt im Laufe der zweiten Jahreshälfte

eine eigentliche Entlassungswelle gerade im Industriebereich. Gemäss «Neuer ZZ» vom 17. Juli 2002 nehmen die betroffenen Firmen in der Hitparade der «Grössten Zuger Arbeitgeber» die Plätze 8 (Esec), 13 (Siemens Metering), 17 (Lego) und 19 (PPC Electronic) ein. Eine weitere Schwierigkeit des Finanz- und Handelsplatzes Zug bilden die durch die Entwicklung des Bodenpreis hervorgerufenen hohen Mietzinsen, welche den unteren und mittleren Einkommensschichten das Wohnen im Kanton Zug erschweren. Dieser Notstand veranlasste Josef Lang und mich, bei der Regierung eine Interpellation betreffend Abbaus industrieller Arbeitsplätze und zur Zukunft des Werkplatzes Zug einzureichen.

Abhängig vom internationalen Markt

Auf die Frage, wie der Regierungsrat die jüngsten Entlassungen auf dem Zuger Werkplatz einschätzt, anerkennt der Kanton Zug die zunehmende internationale Ausrichtung. Viele Firmen weisen eine starke Abhängigkeit von der Telekommunikation und insbesondere vom globalen Absatzmarkt (Deutschland, Amerika und Asien) auf. Solche Firmen produzieren weltweit vorwiegend im asiatischen Raum. Die jüngsten Entlas-

sungen stehen folglich im direkten Zusammenhang mit der Flaute auf den internationalen Märkten. Die Regierung geht davon aus, dass die betroffenen Firmen produktemässig gut am Markt platziert seien, so werde der Bedarf nach entsprechenden Arbeitskräften bei einer verbesserten Wirtschaftslage wieder in kürzester Zeit ansteigen. Eine beschönigende Antwort, die den Direktbetroffenen wenig nützt.

Zugs hohe Arbeitslosigkeit

Zug hat mit 3,7 Prozent die höchste Erwerbslosenrate der Deutschschweiz, die mit der Entlassungswelle noch erhöht wurde. Doch wie stehen die Job-Aussichten der Entlassenen? Der Regierungsrat sieht dies pragmatisch.

Ich zitiere aus seiner Antwort: «... die Möglichkeiten für alle stellensuchenden Personen sind gleichermaßen schwieriger geworden. Dies trifft Personen aller Ausbildungsstufen, Ausbildungsbereiche und Altersklassen. (...) Aus einer Reihe von Umständen werden folglich Arbeitskräfte benötigt, die nicht nur inhaltlich, sondern auch körperlich und psychisch in der Lage, aber auch willens sind, solche Arbeitsstellen anzunehmen. Dies bedingt nicht nur eine stete Weiterbildung, sondern auch Flexibilität, einen Job ausserhalb des bisherigen Tätigkeitsfeldes zu suchen. So sind zur Zeit motivierte Arbeitskräfte vor allem im Pflegedienst, Gastronomie, Hotellerie und Bauwirtschaft gefragt. Für jene, welche arbeitslos werden, steht der Verein für Arbeitsmarktmassnahmen flankierend zur Seite. Zudem bietet er Programme für vorübergehende Beschäftigung an. Beide Bereiche müssen seit rund einem Jahr der steigenden Arbeitslosenquote wegen personell aufgestockt werden.» Augen zu und durch also? ■



Auch Risi-Kies steht still, wenn die GBI es will

Der am 12. November 2002 unterzeichnete LMV (Landesmantelvertrag) mit dem Zusatzvertrag FAR (Flexibler Alters-Rücktritt) ist ein sozialpolitischer Meilenstein wie es seinerzeit die erste Ferienwoche, der freie Samstag und der 13. Monatslohn waren. Rentenalter 60 auf dem Bau ist in einer Zeit des Sozialabbaus erobert worden. Der Versuch der «SVP-Fraktion» im Baumeisterverband, dies zu verhindern, konnte mit Streikaktionen abgewendet werden.

Bruno Bollinger, Präsident des Zuger Gewerkschaftsbunds und Bildungsverantwortlicher der GBI

Nach der grossen Demonstration vom 16. März 2002 kam der Durchbruch: Das flexible Rentenalter auf dem Bau konnte realisiert werden. Die Demo in Bern mit 15 000 Leuten war der Höhepunkt einer Mobilisierungskampagne auf den Baustellen, bei denen die Bauarbeiter Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit besuchten. Es waren keine Streiks, da die Gewerkschaften sich noch an die Friedenspflicht halten mussten. Die Eckwerte des flexiblen Altersrücktritts wurden in einem Vorvertrag festgehalten, vom Baumeisterverband unterschrieben und an der Delegiertenversammlung (DV) vom 12. April ratifiziert: Schrittweise Einführung ab dem 1.1.2003, Rentenhöhen in der Grössenordnung von 70% des Bruttolohnes zusätzlich eines Sockelbeitrages und Beiträge von 5% Lohnprozenten (4% Arbeitgeber, 1% Arbeitnehmer) ab 1.7.2002.

SVP-Fraktion als «Putschisten»

Gegen diesen Abschluss organisierte die «SVP-Fraktion» einen regelrechten

Putsch und die DV des Baumeisterverbandes vom 16. September 2002 beschloss, nochmals über die Eckwerte verhandeln zu wollen. Knallhart war die Antwort der Gewerkschaften gegen diesen Vertragsbruch: Die Friedenspflicht wurde aufgehoben und es begannen Streikaktionen.

Diese gipfelten im nationalen Streik vom 4. November, an dem 15 500 Bauarbeiter teilnahmen. Acht Tage später kam es dann zur Unterzeichnung des LMV/FAR. Die ersten Bauarbeiter können zwar erst am 1. Juli 2003 in Pension gehen, die Rentenhöhe bleibt aber bei 70% des Bruttolohnes. Mit dem jährlichen Sockelbeitrag von 6000 Franken und den Beiträgen der Pensionskasse und der AHV, die von der Stiftung übernommen werden, bedeutet dies, dass die Bauarbeiter eine Rente erhalten werden, die mehr als 90% des Nettolohnes beträgt.

Risi zettelte Vertragsbruch an

Adrian Risi, Präsident des Zuger Baumeisterverbandes, Kassier der kantonalen SVP und Gegner der Frühpensionierung hat mit Baumeister Ineichen aus Cham und den Hardlinern der «SVP-Fraktion» den Vertragsbruch zu verantworten. Risi und Ineichen gehören zu jenen HSG-Absolventen, die meinen, die Sozialpartnerschaft funktioniert am Besten ohne die Gewerkschaften, denn die Arbeitgeber wüssten alleine, was für die Arbeitenden gut sei. Sie dachten, es sei die Gelegenheit gekommen, um den Gewerkschaften zu zeigen, wer im Baugeerbe Herr im Hause ist.

GBI nimmt Herausforderung an

Die Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI) hat die Herausforderung angenommen und gegen Risi eine Kampagne gestartet. Der Zuger Gewerkschaftsbund verlangte, dass ihm alle öffentlichen Aufträge entzogen werden. Am 9. Oktober wur-



Blockade des Risi-Kieswerks in Cham-Oberwil am 10. Oktober 2002.

den beim Bahnhof Baar (Risi-Baustelle) und Zug (Baustelle mit Risi-Beteiligung) Flugblätter verteilt. In Zug war auch GBI-Zentralpräsident Vasco Pedrina dabei. Gleichzeitig wurden in allen Zuger Zeitungen halbseitige Inserate veröffentlicht: «Baumeister Risi will Bauarbeiter um Rentenalter 60 prellen».

Risi-Kieswerk blockiert

Am nächsten Tag folgte dann der Paukenschlag: Das Risi-Kieswerk in Cham-Oberwil wurde einen Tag lang von der GBI blockiert. Mit über zwanzig Personenwagen sperrten an die hundert GBI-Leute die Eingänge ab. Dabei waren auch ein Dutzend Aktivistinnen und Aktivisten der IG Lachende Altbauten. Risi drohte zwar mit einer Polizeiräumung. Originalton: «250 Polizisten warten auf mein Telefon. Ich bin schliesslich der grösste Steuerzahler im Kanton Zug.» Die Zuger Polizei aber liess sich nicht von Risi kommandieren und griff nicht in den Arbeitskampf ein. Das Kieswerk blieb den ganzen Tag geschlossen und kein Lastwagen kam hinein. Hardliner Adrian Risi musste erleben, dass auch bei ihm nichts mehr geht, wenn die GBI es so will. ■

Gründen wir eine «Zuger Alternative»

Wer in der Politik das Feld der freien Opposition verlässt und ein Regierungsmandat übernimmt, sieht sich mit ernststen Fragen konfrontiert. Der «gefährliche Linke aus Cham» stellt sie und sucht nach Antworten.

**Charles Meyer, Bauchef, Kritisches Forum Cham
Bilder Brigitte Weiss**

Was, bitte sehr, ist eine alternative Zonenplanung? Wer in ein Exekutivamt gewählt wird, kann plötzlich nicht mehr aus vollem Herzen Opposition machen, sich empören, für die Opfer Partei ergreifen, kann sich nicht mehr auf die linke Brust schlagen und sagen: Wir würden alles anders machen. Wer in die Exekutive gewählt wird, muss Lösungen bieten.

Da ist zum Beispiel die heikle Detailfrage: Wieviele Arbeitsplätze soll die neue Ortsplanung vorsehen? Sofort springen einige Linke auf und rufen: keine weiteren Firmen, keine Verschandelung der Landschaft, kein Quadratmeter grüne Wiese für Gewerbebauten. Nun ja, das alternative Herz möchte mit aufspringen und den bösen Wirtschaftsvertretern auf die Finger klopfen. Aber ich sehe schon die langen Gesichter der

früheren Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Nun muss man die Sache ganzheitlich betrachten, schliesslich ist man nun für das Gemeinwohl verantwortlich. Und nicht mehr für die Empörung, nicht mehr für ideale Lösungen, sondern für machbare.

Cham als Beispiel

Cham zum Beispiel leidet an chronischem Geldmangel infolge einer ungesunden Zusammensetzung des Steuersubstrates. Sorry für das furchtbare Wort «Substrat» und den schon fast zynischen Denkansatz, aber wir müssen die Materie nun sachlich und fachlich behandeln. Ungesund ist Chams Steuersubstrat, weil unser Mix von Steuerpflichtigen massiv zu wenig Reiche und zu wenig juristische Personen aufweist. Die Firmen sitzen lieber in der mondänen City of Zug mit Bahn- und Flughafenanschluss, und die Reichen bevorzugen Oberägeri, Risch, das Baarer Himmelrich oder den Sonnenuntergangshang von Zug zum Wohnen.

Wenn also ein reicher Oberägerer nach Risch umzieht, ist es gut möglich, dass da eine Million Steuerertrag pro Jahr den Empfänger wechselt. Wenn ein Steinhauser in eine Neubausiedlung nach Cham zügelt, dann – nochmals sorry – kostet das die Gemeinde in der

Regel eine Stange Geld. Cham hat in den letzten Jahrzehnten viele junge Familien mit mittlerem Einkommen angezogen. Diese kosten eine Menge Infrastruktur (Schule) und zahlen wenig Steuern. Nun sind wir Alternative aber immer zu haben, wenn es darum geht, günstigen Wohnraum für junge Familien zu fordern. Also, wohin soll das Pferd den Karren ziehen?

Man könnte jetzt sagen: Aber bitte, ihr Chamer bekommt ja mehrere Millionen Franken jährlich aus dem kantonalen Finanzausgleich. Ihr braucht nicht am Hungertuch zu nagen. Bleibt ihr Chamer nur schön eine Wohngemeinde mit wenig Steuereinnahmen. Wir Baarer und Zuger schauen, dass Geld hereinkommt, und der Überschuss an euch abgeführt wird. Wer am Tropf eines Anderen hängt, sieht die Sache leider etwas anders. Er spürt die leicht arroganten Töne des Reichen. Und er hört die leichten Schwingungen von Vorwurf, wenn man sich etwas leisten möchte.

Einige erinnern sich an den unschönen Hickhack zwischen Baar und Cham, als sich Cham getraute, etwas mehr als unbedingt nötig für das Gemeindehaus auszugeben. Ist es nun alternative Politik, weiterhin auf der Nehmerseite zu bleiben, oder ist es alternative Politik, sich nach der Decke zu strecken und nach Selbständigkeit und gesunden Fi-



Ist es möglich, sich für günstigen Wohnraum für Familien und für den Zuzug von Firmen gleichzeitig einzusetzen?

nanzen zu streben? Darf man als Alternativer auch mal Lokalpatriot sein?

Was bedeutet «alternativ»?

Was also, um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, ist nun eine alternative gemeindliche Zonenplanung? Sollen wir in Cham, wie das linke Herz verlangt, mehr günstigen Wohnraum für junge Familien schaffen, und damit die Finanzen halt noch mehr in die Abhängigkeit von Zug und Baar laufen lassen? Oder sollen wir das Seeufer in Villenzonen umwandeln und an Reiche verschern? Oder vielleicht doch eine grüne Wiese opfern und Firmen anziehen, die zwar wenig Infrastruktur brauchen, aber dafür mithelfen, unsere Schulhäuser und Lehrergeländer und

Angestelltenlöhne und Sozialaufgaben zu finanzieren?

Je mehr alternative Politikerinnen und Politiker in gemeindliche und kantonale Exekutiven gewählt werden, umso mehr brauchen sie Antworten auf Fragen, die ausserhalb der digitalen Welt von Gut und Böse, Links und Rechts konkrete Lösungen bieten. Was bedeutet zum Beispiel eine alternative Sicherheitspolitik in Menzingen? Was eine alternative Finanzpolitik in Rotkreuz? Und was, so die Kernfrage, bedeutet alternativ, wenn es nicht um kantonale, soziale, ökologische, sondern um handfeste lokale Probleme geht?

Interner Austausch nötig

Je mehr wir alternative Gruppierungen in den Gemeinden aus der Protesthal-

tung heraustreten und Regierungsverantwortung übernehmen, umso mehr sind wir auf eine breite, tragfähige, politische Heimat angewiesen. Wir brauchen intern eine kantonale Gesprächskultur, wir brauchen Visionen für eine kantonale alternative Politik, wir brauchen Austausch, Meinungsbildung, Support und wir brauchen extern ein Image und eine Potenz, die uns Exekutiv-Politikern kantonales Gewicht verleiht, um unsere Politik auch durchzusetzen. Ich schlage deshalb vor, eine «Zuger Alternative» zu gründen, eine lockere Föderation der gemeindlichen Gruppierungen. Wir geben uns ein paar Strukturen, wählen ein Präsidium und bilden fortan ein kantonales Schwergewicht. Und nebenbei helfen wir einander, ein paar knifflige Fragen zu beantworten. ■

Anzeigen

Die Gewerkschaft Bau & Industrie sucht

Gewerkschaftsfunktionär (100%)

für den Raum Zentralschweiz mit Schwerpunkt Zug.

Aufgaben: Kontakte mit politischen Parteien, Behörden und Arbeitgebern. Sie besuchen Baustellen, pflegen Kontakte zu Bauarbeitern, betreiben gewerkschaftliche Aufbauarbeit im Dienstleistungssektor (v.a. Verkauf), werben neue und betreuen bestehende Mitglieder (Rechtsauskünfte, Durchführung von Versammlungen, Betreuung von Vorständen), führen gewerkschaftliche Kampagnen und sind verantwortlich für Medienkontakte.

Interessenten melden sich bei Giuseppe Reo. Tel.: 041 417 30 30; E-Mail: gre@gbi.artemis.ch.

Spannende Freiwilligenarbeit im alternativen politischen Umfeld

Engagiertes Team sucht Dich zur

Verstärkung der BULLETIN-Redaktion

Hast Du Lust, das BULLETIN mitzugestalten, um dem alternativen Zug eine Stimme zu geben?

- **Das machst Du ...** **Textredaktion:** Organisieren und redigieren von Texten externer AutorInnen; evtl. auch Schreiben von Artikeln. **Bildredaktion:** Fotografieren zu aktuellen politischen Themen, Betreuung Bildarchiv, Bildauswahl
- **Das bringst Du mit ...** Stilsicheres Deutsch, Basiskenntnisse in Word, Freude an Teamarbeit
- **So läuft's ...** Wir treffen uns pro BULLETIN-Ausgabe 2 Mal am Abend = 8 Redaktionssitzungen im Jahr. An der 1. Sitzung setzen wir Themen, dann organisieren wir Text und Bild, an der 2. Sitzung redigieren wir. Wir können eine moderne Informatikstruktur nutzen.

■ **Kontakt ...** Martin Stuber: Tel. 041 711 86 33; E-Mail: mstuber@ch.inter.net
Stefan Gisler: Tel. 041 710 09 80; E-Mail: weissgisler@access.ch

Eine starke Frau

Die Lebensgeschichte von Clara Landolt, einer vielseitig begabten und engagierten Frau, ist eng verknüpft mit der sozialen Realität und den grossen politischen Ereignissen des letzten Jahrhunderts. Wir werden Zeugen des verantwortungsbewussten Wirkens einer aussergewöhnlichen Persönlichkeit.

Von den vier Kindern Beatrice, Brigitte, Madeleine und Thomas

Jugend

Clara wurde zusammen mit ihrer Zwillingsschwester Elsbeth am 25. August 1918 geboren. Ihre Eltern, die Mutter Handarbeitslehrerin, der Vater Giessermeister und Werklehrer, konnten den beiden und ihrem jüngeren Bruder Werner eine schöne und sorgenfreie Jugendzeit bieten, die sie in Schaffhausen, Stein am Rhein und Singen verbrachten.

Von Singen fuhren die Zwillinge mit der Reichsbahn in die Kantonsschule nach Schaffhausen. Später verbrachte Clara ein Jahr im Welschland an der Ecole supérieure pour jeunes filles in Lausanne.

Eine Tante, Porzellanmalerin, erkannte Claras Begabung, und so konnte sie Keramikmalerin werden und die Kunstgewerbeschule in Zürich besuchen. Während dieser dreijährigen Lehre wohnte sie bei den Grosseltern. Auch aus diesen glücklichen Jahren, in denen sie sich den Künsten widmen und die ersten Flirtversuche machen konnte, erzählte sie uns gerne.

Kriegszeit

Die erste Konfrontation mit der Politik war für Clara der Krieg. Zitat aus einem Interview: «Natürlich verfolgte meine Familie angstvoll die Entwicklung in

Deutschland, besonders auch, weil wir viele Bekannte in Singen hatten, wo wir von 1924 bis 1936 lebten. Danach zogen wir nach Schaffhausen. Von dort sahen wir den roten Horizont brennender Dörfer und die Flüchtlinge. Es war schrecklich [...] Ich hatte eine Arbeitsstelle in der Keramischen Fabrik von Thayngen. Tassen, Vasen Teller habe ich bemalt. Der Lohn war mies. Wir mussten sogar die eigenen Sachen zum Verkaufspreis erstehen, ich fand das ungerecht und wurde in meiner Meinung unterstützt von Mario Mascarin. Er arbeitete mit uns, war Kommunist und Gewerkschafter, ein sehr guter Keramikmaler und Glasurenmischer. Er hat wohl den Samen für meine spätere politische Haltung gestreut.»

Familie

Dann lernte sie ihren Mann Thomas kennen, religiöser Sozialist, belesen, Arbeiter mit Klassenbewusstsein, Gewerkschafter. Sie heirateten 1944, als das Ende des Krieges abzusehen war, liessen sich trauen von Leonhard Ragaz, dessen Schriften (vermutlich komplett) in ihren Büchergestellten standen und auch gelesen wurden.

Leonhard Ragaz (1868-1945) war Mitbegründer der religiös-sozialen Bewegung. Er engagierte und solidarisierte sich mit den streikenden Maurern 1903 und mit den Arbeitern im Generalstreik 1918, als er bereits Professor an der Uni Zürich war. Seine Sozialismusdeutung war eine kritische Abgrenzung vom Marxismus.

In Schaffhausen kamen die Töchter Madeleine, Beatrice und Brigitte zur Welt. Vater Thomas bekam eine Stelle bei der Landis & Gyr in Zug und die Familie zog 1949 in die SMUV-Siedlung Hammer nach Steinhausen. Eigentlich hatten Clara und Thomas vor, ihre Kinder später einmal selber entscheiden zu lassen, ob sie getauft werden wollten

oder nicht, aber nach dem Umzug in den Kanton Zug wollten sie ihnen dann doch Schwierigkeiten ersparen und liessen alle drei zusammen in der reformierten Kirche Cham taufen – das Praktische dabei war, die Kinder konnten bereits zu Fuss dorthin gelangen.

1952 kam Sohn Thomas zur Welt, und mangels einer reformierten Kirche in Steinhausen wurde er im Sali des Restaurants Post getauft.

Kinder waren also vier, der Lohn war klein, aber im «Hammer» war das für die meisten so. Claras Ehe war «schwierig aber interessant» nach ihrer eigenen Aussage.

Wir Kinder hatten eine Mutter, die immer für uns da war, die viel mit uns zeichnete, modellierte, selber Bilder malte, uns die Augen öffnete für Farben, Formen. Clara unterstützte ihren Mann, wenn er auf den lästigen Sonntagsspaziergängen beharrte, die uns dann doch Freude machten, die Schönheit der Natur vor Augen führten. Claras Art war nicht Konfrontation. So hatte sie die typische Mutterrolle während der Emanzipation der Kinder: schlichten und leiden.

Clara hielt zu ihrem Mann, als er sich 1956 während der Ungarnkrise politisch exponierte, sie war seiner Meinung, hätte es aber vermutlich anders ausgedrückt. Clara weinte selten, aber damals weinte sie über die Feindseligkeiten und manchmal weinte sie, wenn das Geld Ende Monat wieder nicht reichte.

Wir hatten ein offenes Haus, so kochten die benachbarten Italiener oder Spanier bei uns ihre Spezialitäten oder wir machten alle zusammen Sonntagsausflüge.

Clara war ein Stimmungsmensch und wir erinnern uns an den Blumengarten, den Gemüsegarten, den Geruch der Himbeeren, die Lieder, die sie zum Klavierspiel sang für uns zum Einschlafen, unsere schönen Kostüme für Fasnacht und ihre Kunst, den Christbaum zu schmücken.

Kunsth Handwerk

Ein Freund – Zeuge Jehovas – mit dem unsere Eltern oft diskutierten, lehrte Clara die Kunst der Bauernmalerei, die ihr als Keramikmalerin nicht fremd war. Sie eignete sich schnell nicht nur die Technik, sondern auch das Wissen um die Geschichte dieser Kunst an, der verschiedenen Stile in den Kantonen und Regionen der Schweiz. Ihre Arbeiten wurden weit herum anerkannt. Das war sehr wichtig für uns, denn die Selbstständigkeit ihres Mannes brachte nicht den erwarteten Erfolg, so dass Clara schliesslich mit viel Energie den grössten Teil des Unterhalts der Familie bestritt. Nie vergessen wir die wunderbare Ambiance in ihrem Atelier mitten in Steinhausen, den Geruch des Holzofens, der Farben und Lacke.

Politik

Neben Haushalt und Bauernmalerei gab es das politische Engagement. Das Amt als Polizeivorsteherin im Gemeinderat von Steinhausen war nicht unbedingt ihre Sache, aber es ist typisch für sie, sich dafür zur Verfügung zu stellen und die Arbeit vier Jahre durchzuziehen. Claras Politik war nicht laut. Sie liebte Besuche, Versammlungen und Diskussionen an der Gartenhofstrasse Zürich, dem Sitz des Schweizerischen Friedensrates, Schweigen für den Frieden auf öffentlichen Plätzen in Luzern, Zug oder Zürich. Sie gründete eine Zuger Gruppe der Frauen für den Frieden. Clara machte Besuche im Steinhauser Asylheim hinter der Schallschutzmauer der Autobahn, brachte den Leuten Guezli, Äpfel, Wein und redete mit ihnen über ihre Sorgen.

Claras Stärke war Toleranz, politisch wie auch privat. Sie hörte zu, verstand, akzeptierte oder kritisierte, aber nicht verletzend. Sie freute sich sehr über die beiden Enkel Hannes und Silvan, ver-



Clara Landolt.

stand aber auch die Kinderlosigkeit ihrer Töchter.

Abschied

Als ihr Mann starb und sie allein blieb, wurde erst recht deutlich, welche Früchte ihr freundliches Wesen trug. Ohne ihre Nachbarin Frau Brotschi hätte sie nicht so lange alleine in ihrer ‚Hammer‘-Wohnung bleiben können mit Diabetes und dem kranken Herzen. Im Dorf gab es an jeder Ecke jemanden zu begrüssen

und auch im Altersheim Steinhausen fand sie Freundinnen und Freunde, hatte viel Besuch und genoss die liebevolle Betreuung.

Tochter Beatrice, die in den USA lebt und in dieser Stunde nicht hier sein kann, weil sie zu einem viel wichtigeren Zeitpunkt bei Mutter war: während diesem letzten Spitalaufenthalt und den beiden Operationen. Zu dieser Stunde sitzt Beatrice am Ozean und denkt an Clara und uns. Wir werden immer gerne an Clara denken. ■

Gewinn von Lebensqualität dank Autoverzicht

Wer Geschmack daran gefunden hat, ohne Auto zu leben, findet in Zug keine entsprechenden Wohnangebote. Mit der Gründung des Vereins für «Autofrei Wohnen Zug» wollen die Initianten einem bewussten Verzicht den Gewinn an Lebensqualität gegenüberstellen.

Nick Mijnsen, Vorstandsmitglied «Autofrei Wohnen Zug»

Noch gibt es in der Region Zug kein Wohnbau-Projekt für autofreies oder autoarmes Wohnen. Die Vereine für autofreies Wohnen in Biel und Bern haben es besser, sie können dem Traum von der autofreien Wohnumgebung einen konkreten Halt geben. So hoffen die Bieler beispielsweise, dass sich auf dem ehemaligen Expo-Areal in der Seebucht ein solches Projekt verwirklichen lässt. Damit die verkehrs-

beruhigte Wohnlage nicht als kleine Insel in der tosenden Verkehrsbrandung verkümmert, braucht es auch eine gewisse Grösse der Überbauung – Planer sehen das Ideal bei 500 Wohneinheiten.

Lokal abgestimmte Lösungen

Die Zuger VorkämpferInnen für autofreies Wohnen sind realistisch und sehen auch in kleineren Projekten eine Chance. Aber selbst dann geht es nicht ohne die Zusammenarbeit mit grösseren Investoren oder Generalunternehmungen. Gerade Letztere haben sich aber häufig durch Projekte hervorgetan, bei denen das grosszügige Parkplatzangebot zu den Hauptqualitäten gehört.

Der Verein «Autofrei Wohnen Zug» ist vom Bedarf nach autofreiem Wohnangebot überzeugt. Dass die Nachfrage nicht bloss Behauptung ist, will der Verein mit einer Marktuntersuchung eruieren und nachweisen. Diese soll Unternehmen der Baubranche ermutigen, von sich aus die Marktnachfrage zu decken.

Solange aber die Gesetze hohe Mindest-Parkplatzanteile fordern, sind autofreie oder autoarme Überbauungen mit Parkplatzanteilen von maximal 0,2 (autofrei) bis 0,5 (autoarm) Parkplätzen pro Wohnung kaum realisierbar. Deshalb soll das andere Schwergewicht des Vereins die Schaffung der gesetzlichen Spielräume zu einer substantiellen Reduktion der Parkplatzanteile sein, möglichst ohne dass die Flächen dafür freigehalten werden müssen.

Gründungsversammlung des Vereins

Dass das Auto beim Wohnen einen erheblichen Kostenfaktor darstellt, zeigte der Treuhänder und Immobilienverwalter Beat Bachmann an der Gründungsversammlung im einleitenden Fachreferat. In Bauabrechnungen werden die Erstellungskosten für Wohnungen und Tiefgaragen in der Regel nicht separat

ausgewiesen. Die Folge ist, dass die Parkieranlage über den Wohnungsbau mitfinanziert und über die Mieten auch von den autofreien Haushalten quersubventioniert wird. Heute müsse man für die Erstellung eines Parkplatzes in der Einstellhalle von mindestens 30 000 Franken ausgehen. Bei einer aktuellen Überbauung in der Stadt Zug kommt man gar auf 70 000 bis 80 000 Franken. Anhand eines Zuger Beispiels zeigte Bachmann auch die Schwierigkeit auf, erstellte Parkplätze kostendeckend zu vermieten, wenn auf öffentlichen Strassen «Gratis-Laternengaragen» zur Verfügung stehen. Autofreie Wohnungen seien jedoch nicht nur günstiger, sondern böten auch mehr Lebensqualität.

Der Raumplaner Simon Seger wies auf Untersuchungsergebnisse hin, nach denen in der Schweiz durchschnittlich ein Fünftel der Haushalte ohne Auto auskomme, in den grösseren Schweizer Städten seien es sogar 39 Prozent. Für die einen sei dies eine Kostenfrage, für die anderen aber eine Frage des Lebensstils. Für beide Gruppen gebe es jedoch kaum ein passendes Wohnungsangebot. Auch in den bisherigen Verkehrskonzepten fehle die Förderung autofreier Haushalte völlig. In vielen Städten Europas seien autofreie Wohnsiedlungen entstanden, hier könnten Leute ohne eigenes Auto die Vorteile des urbanen Lebens nutzen, ohne die Nachteile der Motorisierung in Kauf nehmen zu müssen.

Jetzt mitmachen

Unter www.autofrei-zug.ch können weitere Infos, die im Text zitierten Referate sowie ein Fragebogen zur Marktumfrage heruntergeladen werden. Auf der Homepage befinden sich zudem Links zu anderen Projekten. ■

Infos und Anmeldungen:

Verein «Autofrei Wohnen Zug»

Hofstrasse 62, 6300 Zug

www.autofrei-zug.ch



Grünflächen statt Parkplätze.



Veloboxen statt Tiefgarage.

Buch



Aus-Lese

Von Georgette Schmid

Diesmal tue ich mich etwas schwer mit der Aus-Lese, nachdem mir prominente Konkurrenz erwachsen ist: Am 29. November präsentierte Hanspeter Uster in der Sendung Gästebuch von DRS 1 drei Lieblingsbücher: den «Stechlin» von Theodor Fontane, eine Geschichte zweier jüdischer Buben aus der Zeit der Inquisition und eine Willy-Brandt-Biografie. In Ergänzung zu seinem zweitgenannten Titel, «Die Vertreibung aus der Hölle» von Robert Menasse, entscheide ich mich zum Anlass des UNO-Tages für Kinderrechte (20. November) ebenfalls für Romane mit Kinderchicksalen.

Henning Mankell hat zahlreiche «Wallander»-Krimis geschrieben, aber die wenigsten Leute kennen den Roman «**Der Chronist der Winde**». Der Autor lebt zeitweise in Afrika und unterhält dort ein Theater, mit dem eine schwarze Schauspieltruppe ihr Leben fristen kann. Dort spielt sich das Leben eines kleinen Jungen namens Elio ab. Durch einen Schuss verletzt, erzählt er uns seine traurige Geschichte. Seine Familie wurde durch Banditen ausgelöscht. Er schlägt sich bis in die Stadt durch, wo er mit anderen verlassenen Kindern eine Bande bildet. Dort erlebt er eine glückliche Zeit, bis er trotz Pflege an seiner Verletzung stirbt. Wir lernen Afrika mit vielen seiner Probleme kennen.

In der Bibliothek Cham bin ich auf ein beeindruckendes

Zeugnis des Balkankrieges gestossen. Im Buch «**Das Nullkind**» von **Susan Senstad** erleben wir die grausame Vergewaltigung der Kroatin Sheljka durch serbischen Soldaten. Ihr bosnischer Mann Mesud ist verschollen, und sie wird gezwungen das Kind auszutragen. Sie nennt den Knaben Zero (Null) und flüchtet mit ihm nach Italien. Dort findet sie ihren Mann wieder, der sich aber weigert, das Kind anzuerkennen. Zero wird von einem reichen Paar adoptiert, während Sheljka und Mesud nach Norwegen emigrieren. Sie finden bei der kinderlosen Mette Unterkunft. Diese fühlt sich als Jüdin verantwortlich für das Unglück dieser Welt und es gelingt ihr, Zero nach Norwegen zu holen, da es Probleme gibt bei den Adoptiveltern. Mettemöchte ihn selber behalten, doch das Kind findet schliesslich zu seiner Mutter zurück.

Zwei Autorinnen, **Roma Ligocka** und **Iris Finckenstein**, verfassten den Lebensbericht «**Das Mädchen im roten Mantel**». Das Kind ist identisch mit jenem im Film «Schindlers Liste» von Steven Spielberg. Die gut situierte Familie Liebling lebt in Krakau. Als Roma zwei Jahre alt ist, kommen alle ins Ghetto. Der Vater wird abgeholt und die junge Mutter flieht mit Roma. Sie können sich bei verschiedenen Leuten verstecken. Das Mädchen muss sich immer still verhalten und kommt nur selten an die frische Luft. Mit seinem Cousin Roman Polanski kann es seine Kindheit doch noch ein bisschen geniessen, denn der Vater kehrt zurück. Doch er stirbt bald. Mutter und Tochter müssen sich wieder allein

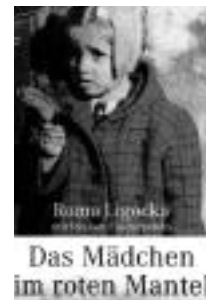
durchschlagen. Auch ihre späteren Jahre sind nicht glücklich, die verlorene Kindheit hinterlässt Spuren.

Seit 34 Jahren bemühe ich mich vergeblich, meinen Mann für Kleidermode und Bücher-Neuerscheinungen zu interessieren. Er setzt in beiden Sparten auf Bewährtes. Doch weil er für einmal von seiner Linie abweicht - leider nicht bei den Klamotten - erhält er ausnahmsweise Gastrecht in dieser Spalte:

Elmar Thevessen, mehrfach ausgezeichnete Fernseh-Journalist, schrieb mit «**Schläfer mitten unter uns**» ein Buch über das Netzwerk des Terrors und den hilflosen Aktionismus des Westens. Ein ehemaliger amerikanischer Botschafter in Deutschland hat sich furchtbar darüber aufgeregt, schon das ein Grund, die Studie zu lesen. Der Autor analysiert mit viel Sachverstand und Gespür die weltweite Bedrohungslage. Wer nach Argumenten sucht, dass die Politik von Bush, Sharon & Co. mit Schwachsinn mehr zu tun hat als mit Vernunft, wird hier fündig. Das Buch «**Die neuen Kriege**» von **Herfried Münkler** behandelt mit vertiefter historischer Komponente dieselbe Problematik. ■

Literaturangaben:

- **Henning Mankell: Der Chronist der Winde, Szolnay**
- **Susan Schwartz Senstad: Das Nullkind, DTV**
- **Roma Ligocka: Das Mädchen mit dem roten Mantel, Knauer**
- **Elmar Thevessen: Schläfer mitten unter uns, Droemer**
- **Herfried Münkler: Die neuen Kriege, Rowohlt**





Viele träumen ihr Leben lang davon. Einige schaffen es. Noch mehr träumen nicht mal davon. Und einige wenige lachen nur darüber, denn sie kriegen es jeden Monat. Die Rede ist von der berühmten Million – in Schweizer Franken. Einer kleinen Meldung im «**Tagi**» entnehmen wir, dass am Rischen Ufer des Zugersees so ein Lachender sitzt – **Daniel Vasella**, Chef von Novartis.

Jetzt verstehen wir den tiefen Sinn des Lamentos von Zugs **FDP-Präsident Hanspeter Brändli**, der seit einiger Zeit das mangelnde politische Engagement der Wirtschaft beklagt. Esmuss frustrierend sein, einigen lumpigen Hunderttausend für den Wahlkampf nachzuspringen, wenn die grössten Profiteure der Anstrengungen der FDP locker ein Mehrfaches davon in einem einzigen Monat garnieren.

Eine Million im Monat. Das gibt bei einem Normalarbeitstag von – nun, sagen wir grosszügig – 10 Stunden bei 25 Arbeitstagen im Monat (bei den vielen Verwaltungsratssitzungen) einen Stundenlohn von läppischen 4000 Franken. 4000 Franken: So viel verdient die **MIGROS-Verkäuferin** nicht mal im Monat. Brutto, versteht sich.

Aber, was ist schon 'ne Million? Mit Tausenden von Millionen jonglieren, das macht erst richtig Spass. **Werner K. Rey** war so ein Milliardenakrobat. **Berns SteuerzahlerInnen** brennen noch heute für die Milliarden, welche die SVP-Pfründe «**Berner Kantonalbank**» dem Rey in den Hintern gestopft hat. «Ha, dafür sitzt Rey jetzt hinter Gittern.» Irrtum: In der Dezemberausgabe von CASH wird Rey be-

reits wieder gefeiert: «Er hat überall Freunde, der 59-jährige Werner K. Rey. Sie halfen dem Milliarden-Pleitier nach seiner Haftentlassung im Juni 2000 wieder auf die Beine, indem sie ihm die Türe zu neuen Geschäften öffneten.»

Da passt folgendes Zitat: «Der Filz in diesem Land ist ein Albtraum. Der schlimmste Repräsentant dieses Filzes ist für mich **Andres Leuenberger**. Überall hinterlässt er verbrannte Erde. Bei der Swissair, bei der Rentenanstalt. Auch als Economie-suisse-Präsident.» Stand im «**CASH**» vom 6. Dezember. Wer das gesagt hat? Auflösung unter www.sga-zug.ch/bulletin.

Keine verbrannte Erde, aber mindestens heisse Ohren hinterlassen die Handys. Während die Mobilfunker, allen voran **ORANGE**, wie die Irren neue UMTS-Antennen aufstellen oder bestehende aufrüsten, streiten sich die Prognosefirmen, ob UMTS erst 2014 profitabel wird (Forrester) oder nicht doch schon 2010. Das allerdings auch nur mit einer 50-prozentigen Wahrscheinlichkeit (Studie der TelCos). Kein Wunder, dass die französischen SteuerzahlerInnen die mit 70 Milliarden verschuldete **France Télécom** retten müssen. Übrigens: **ORANGE** gehört mehrheitlich der France Télécom.

Und wir fragen uns: ist da noch normal, wer ob all dieser Verhältnisse nicht verrückt wird? Immerhin wäre es dann normal, dass die Leute angesichts solch himmelschreiender Zumutungen nicht links sondern irrigerweise **SVP** wählen – oder zu Hause bleiben.

Nicht zu Hause geblieben ist

die **Chamer CVP**. Sie machte offiziell, im Amtsblatt angekündigt, an einem Sonntag Wahlwerbung, von 9 bis 12 Uhr. Es ist wirklich nichts mehr heilig in diesem Land. Oder ist das Abstimmungsresultat der Ladenöffnungszeiten nicht bis nach Cham gedrungen? Wenigstens fand die Wahlwerbung auf dem Bahnhof statt.

Bahnhof verstand **Hanspeter Uster** an der Herbstversammlung der Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Nachdem er sich pointiert gegen Armee-Einsätze im Rahmen der zivilen inneren Sicherheit ausgesprochen hatte, ergriff **Rita Fuhrer** das Wort und betonte, dass sie hinter der Armee stehe, aber jedes Wort ihres Vorredners unterschreiben könne. Punkt.

Nicht zu Usters, dafür zu Blochers Leibblatt mutiert ist die «**Sonntags-Zeitung**» nun schon länger, merken tuns viele aber nur langsam. Zum Sonntagssport aufgeklärter linker Zeitungsleser gehört deshalb das Online-Suchen von «SoZ»-Trouvaillen. «Heureka» tönnte es Sonntagmorgen, den 20. Oktober, aus dem Arbeitszimmer eines erfolgreichen Trouvaillen-Finders: «Männer mit Potenzstörungen müssen ihre Muskeln im Beckenboden nur richtig trainieren, dann lösen sich die Probleme meist von selbst – ohne Chemie.» (...) Denn «beim menschlichen Mann [!? – Anm. D. Red.] ist es genauso wie beim Araberhengst:

Nur zwei Drittel des Penis sind ausserhalb des Körpers, ein Drittel steckt drinnen, in der Beckenbodenmuskulatur. Und die ist bei vielen Männern zu schlaff.» Bleibt ein Trost. Für die täglich zweimal fünf Minuten Beckenbodentraining, «Beckenheben» und «Beinheben in Seitenlage», braucht es keinen Stundenlohn von 4000 Franken – das Training ist gratis und kann zu Hause absolviert werden. Am Sonntag zum Beispiel statt «SoZ» kaufen gehen.

Eine verdeckte Avance? Der Wunsch als Vater des Schreibfehlers? Ein versteckter Test seines scheidenden Chefbeamten (nicht bestanden!)? Oder liest der abtretende Stadtrat und **SP-Geschäftsleitungsmitglied Eusebius Spescha**, ganz einfach nicht mehr, was er unterschreibt? ■

SP der Stadt Zug
Parteipräsident
Martin Stuber
Postfach 4805
6304 Zug

Umweltkommission

Sehr geehrter Herr Stuber, lieber Ma

Die Umweltkommission der Stadt Z Arbeit geleistet. Euer Vertreter, He gen.

Nick Mijnsen hat sein Interesse für e freut uns sehr.

Wir gelangen mit der Bitte an Dich, dass wir Euren Kandidaten dem Sta Euren Vorschlag bis Ende Jahr erwar

Wir wünschen Dir und Deiner Famili neues Jahr.

Freundliche Grüsse
Eusebius Spescha, Stadtrat



Veranstaltungskalender

DO, 9. Januar: Monatsbar
Ab 18.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

SA, 11. Januar: Nunca Mais! Nie mehr! Nunca mas! Plus jamais! Nationale Demo: Solidarität mit Opfern der Ölkatastrophe in Galizien
14.15, vor den Büros der Crown Resources, Metall-Areal, Zug.
Nationale Demonstration organisiert von der SGAdes Kantons Zug und gesamtschweizerischen Organisationen der galizischen und spanischen MigrantInnen.

DO, 6. Februar: Monatsbar
Ab 18.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 6. März: Monatsbar
Ab 18.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

SA, 8. März: Internationaler Frauentag. «frau tauscht aus»
Siehe Spalte rechts.

FR, 21. März: GV «Verein Das BULLETIN»
19.30: Generalversammlung.
Ab 20.30 Uhr: Tanzabend mit Oldies Disco. (Details folgen: www.sga-zug.ch.)

DO, 3. April: Monatsbar
Ab 18.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

DO, 1. Mai: Monatsbar
Ab 18.30, in der ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

«frau tauscht aus»

SA, 8. März: Internationaler Frauentag
Unter dem Motto «frau tauscht aus» haben sich in der Stadt Zug, die Organisation für die Sache der Frau (OFRA), das Podium 41, die Internationale Frauenorganisation und die «Industrie 45» zusammengetan.

Programm
«frau stellt aus»: 18.30 - 19.00, Jugendbeiz Podium 41, Chamerstr. 41, Zug.
Vernissage im Podium 41.
Künstlerinnen aus der Region stellen aus.

«frau tischt auf»: 19.00 - 20.30, Beiz Kulturhaus Gewürzmühle, St.-Johannes-Str. 40, Zug.
Abendessen: ein Gemeinschaftsprojekt der OFRA und der internationalen Frauen.

«frau rockt ab»: 22.00, Industrie 45, Industriestr. 45, Zug.
Konzert mit Frauenbands.

Der internationale Frauentag entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen. Am 8. März 1917 streikten in Petersburg erstmals Arbeiterinnen für ihre Rechte. Dadurch entstand eine weltweite Bewegung. Sowohl damals als auch heute erinnert der 8. März 2003 an fundamentale Forderungen wie:

- gerechte Entlohnung
- gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen
- eigenständige soziale Sicherung für die Frau
- die Möglichkeit mit Kindern zu leben und berufstätig zu sein
- die gleichberechtigte Teilhabe von Männern an Hausarbeit und Kindererziehung
- Frieden

Wir wollen vier!

Die Geschichte der autofreien Erlebnis-Sonntage geht zurück ins Jahr 1973, der Zeit der Ölkrise. Als dringende Sparmassnahme führte der Bundesrat kurzerhand drei autofreie Sonntage ein. Viele Menschen der mittleren und älteren Generation erinnern sich heute noch lebhaft an jenes Gefühl der Freiheit auf allen Strassen und Plätzen. Gross und Klein, Jung und Alt, waren an jenen November-Sonntagen auf den Beinen.

Seit jener Zeit wurde der Traum autofreier Erlebnis-Sonntage von vielen weitergeträumt. Immer wieder tauchte er in Petitionen, Standesinitiativen, parlamentarischen Debatten oder Leserbriefen auf. Die SONNTAGS-Initiative wurde am Bettag 1996 als Bürgerinitiative gegründet. Am 1. Mai 1998 wurde die Initiative eingereicht. Damit fordert die SONNTAGS-Initiative vier autofreie Sonntage im Jahr für eine Versuchszeit von vier Jahren.

Das Parlament und der Bundesrat konnten sich weder für die Initiative noch für einen Gegenvorschlag begeistern. Deshalb wird die SONNTAGS-Initiative in ihrer ursprünglichen Form voraussichtlich schon im Mai 2003 vor Volk kommen. Der unverständliche Entscheid des Parlaments bietet den Initiantinnen und Initianten also auch eine grosse Chance.

Die Initiative ist weiter auf Unterstützung und Spenden angewiesen und freut sich über jedes neue Mitglied.

Infos: Tel: 081 420 22 56;
E-Mail: info@sonntags-initiative.ch

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.
Bulletin Nr. 4, 21. Dez. 2002, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@ch.inter.net

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Elisabeth Höfliger

Produktion/Schlussredaktion:
Stefan Gisler

Gestaltungskonzept:
Urs Bachmann

Belichtung und Druck:
ropress, Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1400 Ex.

Abonnement: Fr. 20.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 1/2003. Redaktionsschluss: Freitag, 14. März 2003; Erscheinungsdatum: Donnerstag, 27. März

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch

AZD 0304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6904 Zug

--

